

PROTOKOLL

über die 7. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

**am Donnerstag, 8. Juli 2004, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungssaal.**

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Gerhard Bremm, Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN: Wilhelm Hauser, Gunter Mayrhofer, Walter Oppl, Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE: DI Christian Altmann, Kurt Apfelthaler, Karl Baumgartner, Rudolf Blasi, Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta, Roman Eichhübl, Ute Fanta, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Gerald Hackl, Ing. Franz-Michael Hingerl, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Rudolf Kohl, Andreas Kupfer, Hans Payrleithner, Rosa Rahstorfer, Dr. Michael Schodermayr, Rudolf Schröder, Mag. Erwin Schuster, Silvia Thurner, Eva-Maria Wührleitner, Mag. Helmut Zöttl

VOM AMT: MD OSR Dr. Kurt Schmidl, OMR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: GR Engelbert Lengauer

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS
- 5) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE
- 6) AKTUELLE STUNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

- 1) GHJ2-63/04 Sofortmaßnahme – Erneuerung der Stromzuleitung, Paddlerhaus.
- 2) GHJ2-57/04 Neuanschaffung Büromobiliar für Fraktionszimmer der ÖVP.
- 3) GHJ2-65/04 Möblierung Büro Vizebürgermeister.
- 4) Fin-101/04 Chorverband OÖ. und Alpenländische Chorverbände; Förderung der Alpenländischen Chorweihnacht 2004 in Steyr.
- 5) Fin-126/04 Pfarre und Krippenverein Christkindl; Kanalanschlussgebühr für Zu- und Umbaumaßnahmen in Steyr, Schwamminger Straße 2; Subvention.

6) K-39/04 Stromversorgung im Schlossgraben für diverse Kulturveranstaltungen.

7) Fin-10/04 Sommertheaterproduktion „Salva Guardia“.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

1) Präs-114/04 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Vorstandsdirektor Btk. KR Horst Rebl.

2) Präs-117/04 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Kons. OSR Günter Fatka.

3) Präs-113/04 Verleihung der Prof. Anton-Neumann-Medaille an Herrn Johann Knabl.

4) Präs-388/03 Verleihung der Prof. Anton-Neumann-Medaille an Herrn OSR. I.R. Günter Himmelbauer – posthum.

5) Rp-1/03 Kontrolle und Revision; Jahresbericht 2003 gem. § 39 Abs. 3 StS.

6) Fin-120/03 Rechnungsabschluss 2003.

7) Fin-147/02 Neuerrichtung der Bücherei; Übernahme einer Bürgschaft für ein Darlehen der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH.

8) Ha-12/93 VPTÖ-Profactor; Förderung der II. Ausbaustufe.

9) Fin-108/98 Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut; Übernahme einer Haftung für die Zwischenfinanzierung der Errichtung der Infrastruktur.

10) Schu-28/97 EuroStudyCentre Steyr – EDV-Ausstattung.

11) BauH-263/03 Bauvorhaben AMS; Kostenbeteiligung Tiefgaragenausfahrt; Vereinbarung mit der STRABAG AG.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

12) Fin-127/04 Alten- und Pflegeheim Tabor; Jahresabschluss 2003.

13) Präs-29/04 Gemeinsamer Verwaltungsausschuss für die wirtschaftlichen Unternehmungen „Alten- und Pflegeheim Tabor“ und „Alten- und Pflegeheim Münchenholz“.

14) Präs-30/04 Organisationsstatut für das Alten- und Pflegeheim Tabor.

15) Präs-31/04 Organisationsstatut für das Alten- und Pflegeheim Münchenholz.

16) SH-210/04 Aktion „Essen auf Rädern“; Systemumstellung Cook & Chill.

17) Fin-65/01 OÖ. Hilfswerk – Tagespflegezentrum Ennsleite; Subventionsansuchen für den laufenden Betrieb 2004.

18) SH-102/04 Sozialhilfe; Barleistungen.

19) Fin-165/04 APM Steyr; Maßnahmen zur Verlustbedeckung 2004.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

20) GHJ2-9/04 1. Etappe der Erneuerung der Fenster – Volksschule Wehrgraben.

21) GHJ2-10/03 2. Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz – Hauptschule Tabor.

22) GHJ2-9/03 2. Etappe Vollwärmeschutz und Fenstertausch – Sonderschule Industriestraße.

23) Schu-8/04 Allgemeine Sonderschule 2 Punzerstraße; Führung einer ganztägigen Schulform mit getrennter Abfolge bis zur 8. Schulstufe; Abgeltung der Tätigkeit von Landeslehrern im Freizeitbereich; Festsetzung der Elternbeiträge.

24) GHJ2-8/04 Sanierung Vollwärmeschutz – Volksschule Promenade.

25) ÖAG-23/03 Umbau Knoten Steyr Nordspange – Dornach; Abschluss von Vereinbarungen.

26) KD-27/04 Ankauf eines LKWs; Ersatzbeschaffung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

27) Fin-2/03 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluss 2003; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

28) BauStr-2/04 Kanalisation Steyr 2004; BA 13; Gehsteigsanierung Johannesgasse.

29) BauStr-9/04 Vorplatz Fachhochschule; Hochwassersanierung – Pflasterung.

30) BauH-24/00 Kirchliche Ensembles in Steyr; Renaissancefriedhof Steyr; Gesamtsanierung 5. und letzte Rate, Stadtpfarre Steyr Margaretenkapelle Jahresrate 2004.

31) K-1/04 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2004 „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ – „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, zu Beginn unserer heutigen Sitzung möchte ich sie ersuchen sich von den Sitzen zu erheben. Der Tod von Bundespräsident Dr. Thomas Klestil hat uns alle tief getroffen. Er war ein guter Staatsmann und stets bemüht über die Parteigrenzen hinweg ausgleichend, gerecht und objektiv zu handeln. Thomas Klestil hat sehr viel für Österreich und seine Bürger getan, sowohl im Ausland auch als im Inland. Unser Mitgefühl gilt jetzt seiner Familie.

Ich möchte dazu noch erwähnen, dass mich unser Pfarrer Alcantara gebeten hat, bei einem Gottesdienst am Sonntag den 11. Juli um 9.30 Uhr anwesend zu sein und er hat auch den gesamten Gemeinderat dazu eingeladen. Danke schön.

Ich beginne damit offiziell mit der heutigen Sitzung. Die Sitzung wurde ordnungsgemäß einberufen und ich stelle auch die Beschlussfähigkeit fest. Ich möchte als Protokollprüfer Frau GR Thurner Silvia und GR Mag. Zöttl Helmut bekannt geben. Entschuldigt für die heutige Sitzung ist GR Lengauer Engelbert und etwas später kommen wird Frau GR Feller-Höller Helga.

Ich komme somit zum Punkt 2), Beantwortung von allfälligen Anfragen.

Die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion richtete mit Schreiben vom 17. Juni 2004 folgende Anfrage an mich, die ich zuständigkeitshalber Herrn Vizebürgermeister Gerhard Bremm weitergeleitet habe. Ich ersuche nun Herrn Vzbgm. Bremm, diese Anfrage zu verlesen und zu beantworten:

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Freiheitliche Fraktion richtete folgende Anfrage.

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Zur Beantwortung in der Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, 8. Juli durch das zuständige Mitglied des Stadtsenates richten die unterzeichneten Gemeindemandatäre folgende Anfrage:

Die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion hat bereits bei den Budgetverhandlungen für das Jahr 2004 eine Auflistung aller Objekte und Liegenschaften, die sich im Besitze der Stadt Steyr befinden, verlangt, was uns auch zugesagt wurde - und auch ausgehändigt. Das steht nicht in der Anfrage, das

habe ich nur vollständigkeitshalber gesagt.

In Anbetracht der prekären Budgetsituation sollte vor allem eine Auflistung erfolgen, welche Liegenschaften und Objekte veräußert werden können.

In diesem Zusammenhang soll uns auch mitgeteilt werden, wann die bereits zugesagte Veräußerung des Wirtschaftshofes durchgeführt wird, nachdem die Rederbrücke fertiggestellt ist und der ARBÖ begonnen hat, Wohnwägen und Wohnmobile seiner Mitglieder von diesem Areal zu entfernen. Gerade der ehem. Wirtschaftshof wäre für qualitativen Wohnbau bestens geeignet (zumal auch Interessenten vorhanden sind).

Um Beantwortung dieser Fragen - Auflistung aller gemeindeeigenen Objekte und Liegenschaften, möglicher Verkauf derselben bzw. Nutzung des alten Wirtschaftshofes - wird bei der nächsten Gemeinderatssitzung ersucht.“

Hiezu kann ich Folgendes beantworten:

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass praktisch alle Gebäude der Stadt Steyr genutzt werden oder die Stadt Verhandlungen über zukünftige Nutzungen führt, wobei durchaus nicht ausgeschlossen werden kann, kleinere Liegenschaften zu verkaufen. So steht die Stadt Steyr derzeit in Verhandlungen mit der Raiffeisenbank über den Verkauf eines Grundstückes im Gebiet Unterhimmel. Weiters ist es gelungen, das sogenannte „Mauthäusl“, sicher allseits bekannt, Haratzmüllerstraße 44, von den Mietern frei zu bekommen, sodass dieses zum Verkauf angeboten werden kann. Also wir sind dabei das auszuschreiben und versuchen das auch zu verkaufen. Bei Interesse von Mietern ist die Stadt durchaus bereit, die wenigen noch im Besitz der Stadt Steyr befindlichen Wohnhäuser an diese zu veräußern. Es gibt da einige kleinere Häuser, die mit Mietern bewohnt sind, wo wir als Stadt sicherlich sagen könnten, diese Häuser kann man verkaufen. Es ist z. B. in der Sierninger Straße so ein Haus. Da gibt es einige solche Objekte wo wir aber bisher die Erfahrung gemacht haben, dass gerade diese Mieter nicht die finanziellen Voraussetzungen haben, diese Häuser zu kaufen, wobei aber daran gedacht ist, wenn diese Häuser frei werden, dass man die nicht mehr vermietet sondern, dass man die zum Verkauf anbietet. Das ist aber einen mittel- oder längerfristige Sache. Wir wollen auf keinen Fall die Häuser vorweg schon verkaufen um die Mieter da nicht in eine eher unsichere Zukunft hineinzubringen.

Der Leiter des Geschäftsbereiches I, Herr Dr. Gerhard Alphasamer, Mitarbeiter der Fachabteilung für Liegenschaftsverwaltung, und ich haben erst vor einigen Wochen einige Grundstücke, die für einen Verkauf in Frage kämen, besichtigt.

Zur Veräußerung des ehemaligen Wirtschaftshofareals ist festzuhalten, dass die Stadt auch hier in intensiven Verhandlungen mit der Raiffeisenbank steht. Das ist auch nicht neu, wir wissen das ja schon seit einigen Jahren, hat ja die Raiffeisenbank Interesse an diesem Grundstück gezeigt. Es wurde auch seinerzeit im Stadtsenat oder im Planungsausschuss, ich kann es jetzt nicht genau sagen, in einem Ausschuss präsentiert wo auch Er & Sie, diese Wohnungsgenossenschaft, das präsentiert hat und wo der Ausschuss damals schon zum Ausdruck gebracht hat, dass die Raiffeisenbank auf dieses Grundstück vordergründig das Rennen machen soll, also dass die das bekommen sollen. Es gibt intensive Verhandlungen und eine Veräußerung dieser Liegenschaft soll noch in diesem Haushaltsjahr über die Bühne gebracht werden. Der Magistratsdirektor, der Bürgermeister und meine Wenigkeit haben intensive Gespräche.

Soweit dies der Fachabteilung für Liegenschaftsverwaltung bekannt ist, wurde der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion der Stadt Steyr im Wege meines Büros bereits eine Auflistung, das habe ich vorweg schon gesagt, der städtischen Objekte übergeben.

Es ist nicht so und es soll nicht der Eindruck erweckt werden, wie wenn wir in der Lage wären massenhaft Liegenschaften und Objekte zu besitzen, die zum Verkauf geeignet wären. Das ist so nicht der Fall. Außer wenn man so denkt, das was wirklich die attraktiven Bereiche sind, die haben wir aber gerade gekauft z. B. das Reithoffergelände, das wir aber nicht verkaufen möchten, oder das Stadtgut in dem Bereich. Also das sind so die großen Liegenschaften. Das Einzige was wirklich in der nächsten Zeit realistisch ist zu verkaufen, das ist wie gesagt das Areal des Wirtschaftshofes. Da gibt es noch so einzelne kleine Liegenschaften, wo es so Grundbereinigungen einmal gegeben hat, die im Bereich der Stadt geblieben sind, die kann man in der Sierninger Straße z. B. unterhalb vom Pfefferberg ist so ein kleiner Schrebergarten und wenn wir von der Stadt sagen, wenn wir das verkaufen könnten würden wir das gerne verkaufen. Wir haben mit der Damen, die das in Pacht hat,

geredet und sie hat gesagt, so quasi, wenn sie das fast zum Grünlandtarif bekommen würde, dann würde sie es schon kaufen aber sonst eigentlich nicht, sie will das weiterhin in Pacht haben. Also, das große Kaufinteresse ist bei den meisten dieser kleinen Fleckerl nicht gegeben. Das wäre so im Wesentlichen zu dieser Anfrage zu sagen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Damit kommen wir zu Punkt 3), Mitteilungen des Bürgermeisters.

Stadtchef zum Kraftwerk im Wehrgraben: „Bedenken der Anrainer haben Vorrang“

Für mich sind bei der Diskussion um das Kleinkraftwerk im Wehrgraben die Einwände der Bewohner die wichtigsten Entscheidungshilfen, denn als Bürgermeister ist mir die Lebensqualität der Steyrerinnen und Steyrer ein großes Anliegen, darum haben natürlich die Argumente der Bürger gegen das geplante Kleinkraftwerk Vorrang.

Sehr bedeutend ist, dass sich auch der Verein der Schwimmschulfreunde gegen das Kraftwerk bei der Direktionsbrücke ausgesprochen hat.

Der Bereich Schwimmschule und Kugelfang ist ein beliebtes Bade- und Naherholungsgebiet für sehr viele Steyrerinnen und Steyrer, diese sensible Zone darf auf keinen Fall in Mitleidenschaft gezogen werden.

Wissenschaftstage 2004: Forschungs-Elite zu Gast in Steyr

Die Europäischen Wissenschaftstage in Steyr finden heuer von 11. bis 16. Juli statt. Top-Wissenschaftler von renommierten Universitäten aus Europa und den USA referieren dabei zu aktuellen Fragen und präsentieren aktuelle Forschungsergebnisse. Das Thema der Europäischen Wissenschaftstage 2004: Organisations-Ökonomie: Theorie und Nachweis über die Grenzen des Unternehmens. Dabei geht es um die Frage „Warum existieren Unternehmen und wie funktionieren sie?“

Die Organisatoren der Wissenschaftstage haben Professor George Baker von der Harvard Business School als wissenschaftlichen Leiter der diesjährigen Veranstaltung gewonnen.

Die Europäischen Wissenschaftstage in Steyr sind eine Initiative des Bundesministeriums für Wissenschaft, Bildung und Kultur, des Landes Oberösterreich und der Stadt Steyr. Sie sind 1999 ins Leben gerufen worden und gehören mittlerweile zu den hochkarätigsten Veranstaltungen für wirtschaftswissenschaftliche Fragen auf internationaler Ebene.

Die Stadt fördert die Europäischen Wissenschaftstage schon seit dem Startjahr. Heuer ist eine Subvention in Höhe von 70.400 Euro budgetiert.

Musikfestival 2004

Am 29. Juli beginnt das 10. Steyrer Musikfestival. Im Jubiläums-Jahr steht mit dem Puccini-Werk Tosca erstmals auch eine Oper auf dem Programm. Musical-Fans kommen mit dem „Mann von la Mancha“ und der „Rocky Horror Show“ auf ihre Rechnung. Das Musikfestival Steyr nimmt seit 1995 einen Fixplatz im oberösterreichischen Kulturleben ein und hat sich im Lauf der vergangenen Jahre einen beachtlichen Namen gemacht. Der Erfolg des Festivals ist ein Zeichen dafür, dass Steyr auf dem Weg zu einer offenen Kulturstadt ist. BMW Steyr hat als Sponsor und Geburtshelfer für das Steyrer Musikfestival sehr viel geleistet hat, ich appelliere aber auch immer wieder an die Steyrer Industrie, sich auf einer breiten Basis am Steyrer Kulturgeschehen zu beteiligen. Die Kultur spielt bei der Ansiedlungspolitik der Firmen eine immer größere Rolle.

Das vergangene Jahr war das mit Abstand erfolgreichste für das Musik-Festival Steyr. Alle Veranstaltungen des neunten Musik-Festivals waren ausverkauft, etwa 10.000 Besucher wurden gezählt. Laut einer Studie kam dabei etwa jeder zweite Festival-Gast aus Steyr oder der Umgebung der Stadt.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im Mai 2004 betrug 5,2 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,6 %

Prozentpunkte geringer. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich ebenfalls um 0,2 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Mai 2004 2.153. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 9,6 % (d. s. 230 Personen) und auch gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 2,6 % (d.s. 57 Personen). Also durchwegs sehr interessante Arbeitsmarktdaten für die Stadt Steyr.

Im Mai 2004 sind 487 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 49 Stellen mehr und auch gegenüber dem Vorjahr um 79 Stellen mehr.

Wir kommen nun zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates Zum Thema Verhandlungsgegenstände gebe ich den Vorsitz an meine Kollegin ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, bevor wir zu den Verhandlungsgegenständen kommen möchte ich noch verlautbaren, dass es einen Dringlichkeitsantrag gibt der unterzeichnet ist von der SPÖ, FPÖ, Bürgerforum Frech und von den Grünen. Die ÖVP möchte in der Pause, so wie ich gehört habe, noch eine Ergänzung anbringen. Wir werden aber trotzdem jetzt über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen. Es geht dabei um die Ärztesituation in der Stadt Steyr, weil einige Ärzte aufhören und einige Stellen nachzubesetzen wären. Ich bitte diesem Dringlichkeitsantrag die Dringlichkeit zuzusprechen und darüber möchte ich jetzt abstimmen lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmige Annahme. Der Dringlichkeitsantrag wird wie gehabt am Ende der Sitzung behandelt. Danke. Ich ersuche den Bürgermeister um seine Berichte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem ersten Punkt geht es um die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Vorstandsdirektor Kommerzialrat Horst Rebl. Vorstandsdirektor KR Rebl war ab Mitte 1989 seitens der MAN Nutzfahrzeuge AG in zentraler Funktion maßgeblich an der Konzeptionierung und Gründung der Steyr Nutzfahrzeuge AG beteiligt. Er hat sich wesentliche Verdienste um die Stadt Steyr erworben. Ich bin deshalb dafür, dass ihm die Verleihung des Ehrenringes zugesprochen wird. Ich bitte um Zustimmung bzw. Diskussion.

1) Präs-114/04 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Vorstandsdirektor Btk. KR Horst Rebl.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 22. März 2004 wird Herr Vorstandsdirektor Btk. KR Horst Rebl mit dem Ehrenring der Stadt Steyr gemäß § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGBl. Nr. 9/1992, ausgezeichnet.

Die Eintragung in das Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen und seines persönlichen Einsatzes für die Entwicklung der LKW-Fertigung des Standortes Steyr und im Speziellen für seine Verdienste um die damit verbundene Standortsicherung im MAN Konzern.“

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

In meinem nächsten Punkt geht es um die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn

Oberstudienrat Günter Fatka. Günter Fatka wird ja immer in Verbindung gebracht mit dem Männergesangsverein Sängerkunst. Er ist ja Obmann des Vereins Sängerkunst. Speziell durch sein Engagement und durch seinen persönlichen Einsatz im Chorgesang und Kulturbereich hat er große Verdienste erlangt. Ich bin ebenfalls dafür, dass ihm die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen wird. Ich bitte um Zustimmung bzw. Diskussion.

2) PräS-117/04 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Kons. OSR Günter Fatka.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 11. März 2004 wird Herrn Kons. OSR Günter Fatka gemäß § 5 Abs. 1 Statutes für die Stadt Steyr, mit der Ehrenmedaille der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner langjährigen umfassenden musikalischen Arbeit auf dem Gebiet des Musikwesens und seiner Funktion als Obmann des Steyrer Männergesangsvereines Sängerkunst für die Pflege der Kultur zum Wohle unserer Gesellschaft.“

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier, einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Beim nächsten Punkt geht es um die Verleihung der Prof. Anton Neumann-Medaille an Herrn Johann Knabl. Herr Johann Knabl ist ja ein Urgestein bei der Steyrer Stadtkapelle und hat sich auch in diesem Bereich sehr große Verdienste erworben. Ich bitte auch dem Herrn Johann Knabl die Neumann-Medaille zuzuerkennen.

3) PräS-113/04 Verleihung der Prof. Anton Neumann-Medaille an Herrn Johann Knabl.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VI, Dienststelle für Kulturangelegenheiten vom 23. März 2004 wird Herrn Johann Knabl in Anerkennung und Würdigung für seine jahrzehntelangen Verdienste auf kulturellem und sozialem Gebiet die „Professor Anton Neumann-Medaille“ verliehen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ebenfalls die Verleihung der Anton Neumann-Medaille, allerdings in diesem Fall posthum, an Günter Himmelbauer, möchte ich hier dem Gemeinderat näher bringen und empfehlen, auch diesem die Neumann-Medaille posthum zuzusprechen.

4) PräS-388/03 Verleihung der Prof. Anton Neumann-Medaille an Herrn OSR i.R. Günter Himmelbauer - posthum.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 31. März 2004 wird Herrn Oberschulrat i.R. Günter Himmelbauer in Anerkennung und Würdigung für seine jahrzehntelangen Verdienste auf kulturellem und sozialem Gebiet posthum die Professor Anton Neumann-Medaille verliehen.

Diese Auszeichnung ist über seinen Tod hinaus ein wichtiges Zeichen, ihn für sein soziales und kulturelles Wirken zu ehren.

Als ausgezeichnete(r) Pädagoge, Musiker, Chorleiter, Begründer der Konzertreihe „Geistliche

Abendmusik“, Förderer der Schulmusik, Mitglied des Ensembles „Wegerer Schrammeln“, Pfleger der Volksmusik und des Volkstanzes sowie als Sprachrohr für die sozial Schwächeren, Mitbegründer des Personenkomitees für ein „in- und ausländerfreundliches Steyr“ hat Günter Himmelbauer das kulturelle, soziale und musikalische Leben der Stadt Steyr mitgeprägt.

OSR i.R. Günter Himmelbauer stand vor allem für Musik, Toleranz und Menschlichkeit. Er war ein Vorbild im Umgang mit den Benachteiligten, den sozial Schwächeren und oft Ausgegrenzten unserer Gesellschaft in Steyr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Auch hier, einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich komme zu Punkt 5), Kontrolle und Revision, Jahresbericht 2003, Antrag des Prüfungsausschusses an den Gemeinderat.

5) Rp-1/03 Kontrolle und Revision; Jahresbericht 2003 gem. § 39 Abs. 3 StS.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der von der FA Kontrolle und Revision vorgelegte Jahresbericht für 2003 wird gem. § 39 Abs. 3 StS zur Kenntnis genommen. (Beilage)

Ich bitte diesen Revisionsbericht zur Kenntnis zu nehmen. Ich hoffe es hat jeder einmal den Revisionsbericht zumindest teilweise gelesen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Auch hier, einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um den Rechnungsabschluss 2003. Beim Rechnungsabschluss 2003 gab es bei den Einnahmen ein Plus von 1,14 %. Allerdings sind die Ertragsanteile um 6,85 % zurückgenommen worden. Bei den Transfereinnahmen haben wir ein Plus von 20,11 %. Das begründet sich in erster Linie durch Hochwasserleistungen. Es gibt natürlich auch unter „Sonstige Einnahmen“ Rücklagenentnahmen die zu diesem Ergebnis führen. Bei den Steuern und Abgaben möchte ich erwähnen, dass sich die Ertragsanteile mit minus 6,85 % zu Buche schlagen und dass bei der Kommunalsteuer ein fast 3,7 %iges Plus erreicht werden konnte. In Summe ergibt sich bei den Steuern, Abgaben und Gebühren ein Minus von 2 %.

Bei den Ausgaben ist darauf hinzuweisen, dass die Transferzahlungen ein Plus von ca. 10 % betreffen. Das sind in erster Linie die Krankenanstaltenkosten oder –beiträge. Beim Personalaufwand haben wir im vergangenen Jahr ein Plus von 6,47 %, das ist in erster Linie damit begründet, dass es zweimalige Bezugsregulierungen gab – am 1. Jänner 2003 um 2,1 % und am 1. Juli 2003 um 1 %, sowie eine Einmalzahlung von 100 Euro. Aber auch die Einführung des neuen Gehaltssystems hat sich auf dem Personalaufwand negativ ausgewirkt.

Der Schuldendienst ist 2003 ebenfalls entsprechend hoch. Die Pro-Kopf-Verschuldung mit 1.198 ebenfalls.

Beim außerordentlichen Haushalt möchte ich darauf hinweisen, dass wir 21,36 Mio. in Summe für diesen Bereich ausgegeben haben, wobei die bedeutendsten Posten in dieser Auflistung, die sie ja auf Seite 4 sehen, das APM und die Stadthalle Steyr selbstverständlich sind. An 3. Stelle bereits die Gemeindestraßen.

Über die wichtigsten Übertragungen möchte ich eigentlich nicht besonders referieren.

Wichtig sind vor allem noch die Zahlungen an das Land, wo es Überweisungen vom Land als erster Posten zu berichten gibt, dass hier 7,48 Mio. vom Land an uns überwiesen wurde und wir an das Land im Gegenzug aber 14,36 Mio. in Summe überwiesen haben. Aus diesen beiden Zahlen ist ja zu ersehen, dass dieser Unterschied immer größer wird.

Bei den Rücklagen gab es nur geringfügige Veränderungen von 9,92 Mio. auf 9,5 Mio. – ein Minus von 4,23 %.

Ich bitte sie, diesem Rechnungsabschluss 2003 die Zustimmung zu geben.

6) Fin-120/03 Rechnungsabschluss 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Rechnungsabschluss der Stadt Steyr für das Finanzjahr 2003 wird mit Einnahmen und Ausgaben (Anordnungs-Soll)

im ordentlichen Haushalt von € 84.980.741,78

im außerordentlichen Haushalt von € 21.361.227,58

somit insgesamt € 106.341.959,36

genehmigt.

Weiters wird die Bilanz der Stadtwerke Steyr für das Finanzjahr 2003 mit Aktiva und Passiva in Höhe von € 40.031.555,72 und die Bilanz des Alten und Pflegeheimes Steyr mit Aktiva und Passiva in Höhe von Euro 4.916.120,46 grundsätzlich genehmigt. Die o.a. Bilanzen werden nach Behandlung in den Verwaltungsausschüssen dem Gemeinderat noch extra zur Beschlussfassung vorgelegt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Eichhübl. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien, ich möchte das, was der Herr Bürgermeister soeben zum Jahresabschluss 2003 zum Ausdruck gebracht hat, in einigen Bereichen näher durchleuchten, ist doch dieser Rechnungsabschluss eigentlich ein Schlusstrich unter das Budgetjahr 2003. Vergleicht man dieses Rechnungswerk mit dem Nachtragsvoranschlag, den ja der Gemeinderat am 13. November des vergangenen Jahres bereits beschlossen hat, so erkennt man folgende Unterschiede und Ergebnisse. Bei den Einnahmen und Ausgaben im o.H. sind in diesem Rechnungsabschluss 84.980.731,-- Euro zu vermerken, beim Nachtragsvoranschlag waren es 87.618.900,-- Euro. Bei den Einnahmen und Ausgaben im ao.H. vermerkt der Rechnungsabschluss heute 21.361.227,-- Euro im Gegensatz zum Nachtragsvoranschlag 31.009.900,-- Euro. Dennoch kann man feststellen, wenn man sich etwas näher und im Detail damit befasst, dass eine steigende, negative Tendenz feststellbar ist, auf die ich nachher noch zu sprechen kommen werde. Deutlich erkennbar ist, dass beispielsweise im Sozialbereich es notwendig ist, um den Aufgaben nachkommen zu können, immer höhere Finanzmittel zur Verfügung zu stellen und dazu hat die Stadt auch eine Verpflichtung. Als Beispiel darf ich anführen: APT und nun auch das APM. Oder bei den Barleistungen, für beide Bereich die ich angeführt habe, gibt es ja noch Gemeinderatsanträge die heute zu beschließen sind. Alleine in diesem sogenannten Barleistungsbereich sind Ausgabenssteigerungen folgendermaßen feststellbar. Waren es im Jahre 2001 noch 143.248,-- Euro, sind es im Jahre 2004 bereits 540.000,-- Euro. Also alleine in diesem Bereich steigen die Ausgaben sehr enorm.

Wir haben aber auch, und das wissen wir alle, Nachholbedarf bei der Sanierung von Straßen, bei der Sanierung unserer Schulen und da spreche ich noch gar nicht von dem geplanten Neubau einer Schule im Resthof, die wir ja der Bevölkerung glaube ich seit nahezu 20 Jahren versprechen. Natürlich könnte man die Liste jetzt fortsetzen, aber sie alle wissen ja von was ich rede, wo noch Nachholbedarf ist und aufgrund der finanziellen Situation der Stadt das eine oder andere in den letzten Jahren bereits verschoben wurde.

Demgegenüber stehen aber, der Herr Bürgermeister hat es ausgeführt, ich gehe noch ins Detail, immer höher werdende Beiträge an das Land und immer geringer werdende Finanzausschüsse vom Land. 2003 haben wir vom Land 7,48 Mio. Euro bekommen und 14,36 Mio., also das Doppelte in etwa, an das Land überwiesen. Die Schere geht also zu Ungunsten der Stadt weiter auseinander und es können daher wichtige Aufgaben zum Teil gar nicht oder zum Teil nicht sofort umgesetzt werden und müssen immer wieder verschoben werden. Ebenso, und das sei auch hier erwähnt, sinken die Bundesertragsanteile und zwar gegenüber dem vergangenen Jahr um 6,85 %; also das ist in diesem Fall das Jahr 2002. Sie sind also wesentlich geringer ausgefallen und ich glaube man muss einfach davon ausgehen, und das zeigen ja die Ausgleichsverhandlungen mit dem Bund, dass es da keine

Besserstellung geben wird, so vermute ich, sondern man hat ja eher in eine andere Richtung Aussagen des Finanzministers gehört, dass die Gemeinden und die Städte mit geringeren Finanzmitteln in Zukunft rechnen werden müssen.

Des Weiteren, auch eine unumstößliche Tatsache, steigen die Schulden der Stadt sehr massiv an und die Rücklagen sind nahezu aufgebraucht. Der Finanzbedarf, ich habe bereits darauf hingewiesen und sage es noch einmal, wird in verschiedenen Bereichen immer höher oder soll höher werden um die Aufgaben, die an uns gestellt werden, überhaupt erfüllen zu können.

Die Abdeckung der Budgets der kommenden Jahre wird massiv schwieriger werden. Ein Beispiel nenne ich dafür, dass bereits im Budgetjahr 2003, um den ordentlichen Haushalt abdecken zu können, es notwendig war 0,59 Mio. Euro aus Rücklagen zu entnehmen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das habt ihr aber mitbeschlossen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Natürlich haben wir das mitbeschlossen. Ich kann mich schon noch erinnern. Danke für die Gedächtnisstütze Herr Kollege Apfelthaler, aber ich weiß schon noch, was wir mitbeschlossen haben und was wir nicht mitbeschlossen haben, aber auf das komme ich noch zu sprechen.

Es ist also, meine sehr geehrten Damen und Herren, dringender Handlungsbedarf gegeben. Es ist wirklich dringender Handlungsbedarf gegeben und aus der Not heraus müssen wir alle möglichen Einsparungsmaßnahmen hier vor Ort ins Auge fassen, denn vom Land und vom Bund, ich habe darauf hingewiesen, wird man eher nicht mit mehr Mitteln in Zukunft rechnen können.

Aus dieser Sicht der Dinge haben wir ja immer wieder nachgefragt, wie man sich vorstellt in Zukunft dieser Entwicklung vonseiten der Stadt entgegenzutreten und welche Gegensteuerungsmaßnahmen geplant sind, welche

Maßnahmen umgesetzt werden sollen um diesen Negativtrend entgegenzutreten und diese Entwicklung in den Griff zu bekommen. Wir haben aber auch Vorschläge gemacht und haben ja auch beispielsweise heute deswegen eine Anfrage gestellt, inwieweit es möglich ist Grundstücke und Liegenschaften der Stadt Steyr zu veräußern um eben zu Budgetmitteln zu kommen. Eines wird sicher nicht möglich sein in Zukunft, dass wir ständig Tarife und Gebühren anheben, um so halbwegs das Budget über die Runden zu bekommen, denn an sich ist ja das gar nicht in einem größeren Ausmaß möglich durch Anhebung von Tarifen und Gebühren, weil ja, wie ich vorher erwähnt habe, bereits das Ruder, was die Budgetierung verschiedener Teilbereiche betrifft, sehr weit auseinander geht. Die Schmerzgrenze glaube ich was Tarife und Gebühren betrifft, ist sicher in verschiedenen Bereichen bereits erreicht zum Teil sogar überschritten. Ich darf nur ein Beispiel nennen, das sind die ständig steigenden, bis zum Jahr 2004 steigenden Kanalbenutzungsgebühren. Sie wissen, dass es in diesem Zusammenhang einen Voraussgemeinderatsbeschluss gegeben hat, der über eine Funktionsperiode des Gemeinderates hinausgegangen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, trotz dieser Anmerkungen werden wir, vonseiten der Freiheitlichen GR-Fraktion, diesem Rechnungsabschluss die Zustimmung geben, nicht nur deswegen, weil wir ja dem Budget und auch dem Nachtragsvoranschlag 2003 die Zustimmung nicht verweigert haben und weil wir auch sehr viele Beschlüsse mitgetragen haben. Wenn es auch nicht alle waren und wenn es auch so war, dass nicht alle Budgetvereinbarungen, die wir mit dem Herrn Bürgermeister getroffen haben, umgesetzt wurden, Vorfinanzierung des Bereiches Ennserrknoten und einige andere Dinge mehr.

Dennoch aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wollen wir uns wie gesagt der Verantwortung nicht entziehen und werden diesem Rechnungsabschluss für 2003 die Zustimmung geben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke Herr GR Eichhübl. Wünscht noch jemand das Wort? Ich sehe das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, Roman, zuerst einmal herzlichen Dank auch dafür, dass du das große Verständnis für diesen Rechnungsabschluss so klar dokumentierst. Dass Handlungsbedarf gegeben ist, ist glaube ich jedem in dieser Runde sehr gut bewusst und sehr klar und wir sind auch drauf und dran, alle möglichen Sparpotenziale in unserer Stadt soweit es geht auszunützen und entsprechend sparsam mit den

Geldern umzugehen. Dass es natürlich immer wieder Fälle gibt, und das zeigt ja ganz speziell der Sozialbereich wo es zu Steigerungen gekommen ist und trotzdem immer noch Wünsche im Hintergrund lauern, die darauf hinweisen, dass wir noch mehr ausgeben sollten, muss man schon ganz klar sagen, es ist sehr, sehr schwierig in dieser Situation die richtigen Schritte zu setzen. Es wird natürlich auch bei den Investitionen gespart, das ist auch klar. Solche Sachen wie Posthofknoten, Taborknoten sind eben in dieser Situation nicht so ohne weiteres durchzuführen, wenn auch dazu ganz klar erwähnt werden muss, dass das Land OÖ natürlich auch mit seinen Zahlungszusagen gerade in letzter Zeit sehr sparsam ist. D. h., die Zusagen die wir vom Land OÖ bekommen, die sind immer so formuliert, dass gesagt wird, ja, ihr könnt schon einmal damit anfangen, aber das Geld von uns bekommt ihr erst 2007, 2008. Das große Dilemma, dass natürlich immer weniger Geld vom Bund kommt, hat natürlich mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Österreich zu tun, wobei man aber sagen muss, dass vielleicht gerade das letzte Monat dazu beigetragen hat, dass es vielleicht doch eine Wende auf diesem Sektor geben könnte. In Steyr hat man ja auch heute bei meinen Berichten, bei den Mitteilungen des Bürgermeisters, gehört, dass auch die Situation in Steyr erheblich besser wird. Wenn ich so zurückblicke, vorige Woche war ich ja dabei bei der Eröffnung der 7. Ausbaustufe von BMW, so ist das durchaus auch wieder ein Lichtblick in die Zukunft, sodass ich zumindest hoffe, dass von dieser Seite in Zukunft mehr kommen könnte. Allerdings muss ganz klar dazu gesagt werden, dass die Steuerreform nicht dazu beigetragen hat, dass wir hier mehr Geld bekommen. Im Gegenteil, durch die Verminderung der Körperschaftssteuer für die großen Betriebe wird auch an das Land OÖ und auch an die Stadt Steyr aus diesem Titel ab 2005 weniger Geld fließen. Das nur ganz kurz zur Beantwortung der erwähnten Themen vom GR Eichhübl. Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltung? 1 (Bürgerforum Frech). Danke, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Punkt geht es die Bücherei

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

7) Fin-147/02 Neuerrichtung der Bücherei; Übernahme einer Bürgschaft für ein Darlehen der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 27. April 2004, wird der Übernahme einer Bürgschaft als Bürge und Zahler gem. § 1357 ABGB durch die Stadt Steyr, für das Nachtragsdarlehen der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH. bei der Volkskreditbank-AG Steyr in der Höhe von € 295.439,93 gemäß beiliegendem Schuldschein und Bürgschaftsvertrag – vorbehaltlich der hiezu notwendigen aufsichtsbehördlichen Genehmigung – zugestimmt. (Beilage)
Ich ersuche um Zustimmung bzw. Diskussion.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja, Herr Bürgermeister, wir alle sind sehr froh darüber, dass die Bücherei so gut gelungen ist, kein Thema, aber ich denke schon, dass man die Gelegenheit nutzen sollte, darauf hinzuweisen, du hast jetzt die Zahlen, um die es da geht, nicht genannt, ursprünglich ging es um € 580.000,--, die die Umgestaltung der Bücherei gekostet hätte und jetzt sind wir bei einer Erhöhung von € 295.439,93. Das heißt, das Projekt hat sich um ungefähr 50 % verteuert. Ich denke mir schon, gerade weil wir zuerst die große Finanznot angesprochen haben, dass man vielleicht in Zukunft bei Projekten bei der Kostenschätzung etwas genauer ist und sich dann nicht diese Erhöhungen ergeben. Es ist jedem klar, dass Erhöhungen von 5 %, oder sogar einmal von 10 % drinnen sind, aber in diesem Fall war anscheinend die Kostenschätzung nicht wirklich vorhanden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist ein Schlusswort gewünscht?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Die Kostenschätzung war selbstverständlich vorhanden, überhaupt keine Diskussion, aber wie es hin und wieder einmal bei Gebäuden und Bauwerken vorkommt – und das kann man nicht nur in Steyr beobachten, sondern zurzeit auch in Linz - da gibt es halt hin und wieder einmal unvorhergesehene Vorfälle, die dazu führen, dass halt diese Steigerungen passieren. Ich muss sagen, ich bin natürlich auch nicht glücklich über diesen Zustand, dass wir hier so eine Erhöhung haben, aber es ist nun einmal so.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Punkt geht es um Profactor, Förderung der II. Ausbaustufe. Die Stadt Steyr hat ja für das Jahr 2004 eine Summe von € 116.000,-- zugesagt. Aufgrund der äußerst angespannten budgetären Lage der Stadt, haben Vertreter der Stadt mit den Vertretern von Profactor verhandelt und wir haben einen Zahlungsablauf festgelegt.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

8) Ha-12/93 VPTÖ-Profactor; Förderung der II. Ausbaustufe

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 14. Mai 2004 wird der Abänderung des vom Gemeinderat der Stadt Steyr am 5. Oktober 2000 beschlossenen Finanzierungsanteils für das Projekt PROFACTOR II hinsichtlich der Auszahlungstermine wie folgt zugestimmt:

Die für das Jahr 2004 vereinbarten Beträge von EUR 116.000,-- werden wie folgt ausbezahlt:

Juli 2004: EUR 58.000,-- (unmittelbar nach Beschlussfassung durch den Gemeinderat der Stadt Steyr)

Jänner 2005: EUR 30.000,--

Juli 2005: EUR 28.000,--

Die für das Jahr 2005 fällige Rate in Höhe von EUR 76.300,-- wird im Jänner 2006 an PROFACTOR zur Anweisung gebracht.

Zur Auszahlung der für das Jahr 2004 erforderlichen Mittel wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von EUR 58.000,-- bei der VSt. 1/289000/757200 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche um Zustimmung zu dieser Vorgangsweise.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um den Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut; Übernahme einer Haftung für die Zwischenfinanzierung der Errichtung der Infrastruktur. Hier geht es in erster Linie um einen Formalakt, das heißt, es geht im Konkreten um eine Firmennamenänderung. Die Firma BIP – so hat sie vorher geheißen, Business & Industrialpark Steyr Errichtungs- und BetriebsgesmbH., zu Stadtgut. Die Aufsichtsbehörde hat uns gebeten diese Firmenbenennung auch in einem Gemeinderatsbeschluss auf diese Haftung zu übertragen. Ich bitte um Zustimmung zu dieser Vorgangsweise.

9) Fin-108/98 Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut; Übernahme einer Haftung für die Zwischenfinanzierung der Errichtung der Infrastruktur.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 27. April 2004, wird die beiliegende Vereinbarung mit der Volkskreditbank-AG für die Übernahme einer Ausfallhaftung gem. § 1356 ABGB für die Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut Steyr GmbH bis zu einem Betrag von € 1.200.000,-- sowie die Tatsache, dass der seinerzeitige Haftungsbeschluss über € 1.453.457,-- zugunsten der Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut Steyr GmbH nunmehr für die Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut Steyr GmbH gilt, beschlossen.

Weiters wird der GB für Finanzen ermächtigt, im Rahmen dieses Haftungsrahmens bis zum Betrag von maximal

€ 1.453.457,-- ähnlich lautende Urkunden, wie die beiliegende Vereinbarung abzuschließen, ohne diese neuerlich dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorzulegen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Auch hier, einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Im nächsten Antrag geht es um das EuroStudyCentre Steyr – EDV-Ausstattung. Es hat ja einen Beschluss des Gemeinderates gegeben zur Errichtung des Fernstudiumszentrums Steyr sowie einer Finanzierungsvereinbarung zwischen dem damaligen Bundesministerium für Wissenschaft, Verkehr und Kunst, der Universität Linz und der Stadt Steyr. Die Stadt Steyr hat sich damals schon bereit erklärt die entsprechende Ausstattung der Räumlichkeiten sowie die Betriebskosten zu übernehmen. Nun ist das Eurostudy-Centre übersiedelt vom Profactor-Gebäude in das Tic-Gebäude und es sind entsprechende Kosten für die EDV-Ausstattung angefallen. Ich bitte den Betrag von 36.600,-- Euro zu bewilligen. In Form einer Kreditüberschreitung ist diese Bewilligung notwendig. Ich bitte um Zustimmung.

10) Schu-28/97 EuroStudyCentre Steyr – EDV-Ausstattung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 23.06.2004 wird dem EuroStudyCentre Steyr eine Subvention in Höhe von EUR 36.600,-- genehmigt.

Zu diesem Zweck wird bei der VA-Stelle 1/289000/757000 (Lfd. Transferzahlungen) eine Kreditüberschreitung von EUR 36.600,-- bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier, einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zu meinem letzten Punkt. Hier geht es um das Bauvorhaben AMS, Kostenbeteiligung Tiefgaragenausfahrt, Vereinbarung mit der STRABAG AG. Es ist ja für dieses Bauvorhaben notwendig, dass die Firma STRABAG sich an den Kosten für eine zukünftig notwendig werdende Ausfahrt im Bereich der Zieglergasse eine entsprechende Summe bereits zu hinterlegen. Nach vielen Verhandlungen zwischen der Stadt Steyr und der STRABAG haben wir nun eine Lösung gefunden die ihnen vorliegt. Ich bitte dieser Vorgangsweise zuzustimmen.

11) BauH-263/03 Bauvorhaben AMS; Kostenbeteiligung Tiefgaragenausfahrt; Vereinbarung mit der STRABAG AG.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 17. 6. 2004 wird einer Vereinbarung mit der Fa. STRABAG AG über die Zahlung eines Betrages von Euro 67.500,-- exkl. MWSt. seitens der STRABAG AG zur späteren Errichtung einer unterirdischen Garagenausfahrt vom sogenannten Casino-Bauernkammerareal unter der Leopold Werndl-Straße in die Zieglergasse zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ein Punkt der mich in diesem Zusammenhang unter anderem interessieren würde ist, es ist im Amtsbericht zu lesen, dass man von einer Kostenschätzung ausgeht, für die unterirdische Ausfahrt, von ca. 200.000,-- Euro. Jetzt wissen wir, dass sich so ein Betrag natürlich im Laufe der Zeit erhöhen kann, gerade bei einer Tiefgaragenausfahrt, man weiß nicht, was passieren wird. So, was passiert aber jetzt? Während wir diesem Vertrag, dieser Abmachung zustimmen, wo praktisch genau beschränkt wird, dass die STRABAG eben ein Drittel davon übernimmt, und die Kosten steigen dann aber? Wer trägt dann diese Erhöhung? Weil die anderen zwei Drittel, die 200.000,--, sind jetzt praktisch aufgeteilt worden. Das eine Drittel die STRABAG und die anderen zwei Drittel dann auf die jeweiligen Bauträger. Was passiert aber, wenn die Euro 200.000,-- dann aber plötzlich Euro 300.000,-- sind? Übernimmt die Stadt dann die Differenz? Warum gibt es da dieses Limit? Das verstehe ich nicht ganz, dass man sich da jetzt schon fixiert. Ich würde sie bitten zu erklären wie das ausschauen wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Das Projekt ist in den letzten ein, zwei Monaten nicht besser geworden. Die Diskussion, die wir geführt haben, brauchen wir glaube ich nicht wiederholen, das haben wir sehr ausführlich gemacht. Sie ist nicht auf fruchtbaren Boden gestoßen. Meine Erkundigungen im Bauamt haben ergeben, dass wir kurz vor der Bauverhandlung stehen, dass nur mehr einige kleine Details geklärt werden müssen. Ich finde es nach wie vor sehr tragisch. Ich glaube, dass wir dort oben ein kleines „Waterloo“, ein städtebauliches, erleben werden. Ganz klar deswegen auch unsere Position zu diesem Antrag, dass wir dem nicht zustimmen, weil wir die Verkehrsfrage als eine jener Fragen betrachten die absolut ungelöst ist und die unsere Stadt noch vor größere Probleme setzen wird. Ich bin mir auch ganz sicher, wenn es um Erweiterung, Verdichtung dieser Parzelle kommt, sprich, wenn es zu einem Zubau auch auf den noch freien Parzellen am Eck bei der Kreuzung kommt, dass dadurch die ganze Situation nicht besser wird und der Antrag geht ja auch in die Richtung, dass erst dann die Unterführung zur Zieglergasse gemacht wird. Ich gebe meiner Kollegin Frech völlig Recht, mit einer Kostenschätzung die derzeit bei rund 200.000,-- Euro liegt, ich bin kein Baufachmann, ich bin kein Statiker oder Bauingenieur, ich bezweifle, dass das nur 200.000,-- Euro kosten wird. Wir legen uns jetzt auf einen Betrag fest, der ein Drittel davon ist. Sicher ist zu klären, ob das einerseits das Drittel ist welches dann auch bei der Endabrechnung das Drittel bleibt. Andererseits glaube ich nicht, dass wir über eine Kostenschätzung, wo kein Detailkonzept, keine Detailplanung vorliegt, wie es in dem Fall ist, eine vertragliche Lösung mit jemandem eingehen sollen, weil, und das ist ganz klar, die zwei Drittel bleiben bei der Stadt und wenn das Bauwerk dann teurer wird, bleibt auch dieser Betrag bei der Stadt hängen. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass das ein absolut ungünstiger Standort ist, dass das Projekt nicht ausgereift ist. Der Zug ist leider abgefahren. Ich glaube, dass sich der Bürgermeister und seine Fraktion nichts Gutes tun, dass sie das so durchgezogen haben. Dieses Projekt wird nicht in die positive Geschichte der Stadt eingehen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächste zur Wort gemeldet ist Frau Dr. Braunsberger.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Gemeinderäte, werte Gäste. Es zwingt sich wirklich bei mir die Frage auf, warum muss gerade das AMS-Gebäude im Zentrumsbereich errichtet werden? Warum auf einem verkehrstechnisch neuralgischen Punkt, wo bereits Verkehrsexperten die derzeitige Situation als problematisch bezeichnen? Warum ohne großartige Rücksprache und ohne Zustimmung des Gestaltungsbeirates? Es stimmt, ich geben meinen Vorrednern Recht, es ist erst der Anfang von einem Verbau einer unserer letzten grünen Lungen im Zentrumsgebiet von Steyr. Und auch in

Hinblick auf unser so hoffe ich doch noch immer angestrebtes Mitglied des Weltkulturerbe ist diese Verbauung im Nahbereich, im Kerngebiet höchst bedenklich. Es wäre mehr Sensibilität angefragt und mehr Weitblick und auch mehr Rücksichtnahme und Einbindung von Experten, sei es aus verkehrstechnischer Sicht, sei es aus Expertenmeinungen des Gestaltungsbeirates. Ich appelliere an sie, Herr Bürgermeister, die Genehmigung des Baus des AMS-Gebäudes weiterhin zu überdenken. Es ist meiner Meinung nach höchst bedenklich, gerade den Kernbereich der Stadt Steyr zuzupflastern.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster ist Herr GR Hack.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Presse. Die ganze Geschichte ist schon auch in den weiteren Auswirkungen möglicherweise sehr gefährlich. Es ist hier immer die Rede es ist ein Drittel der Kosten jetzt von der Ausfahrt, sprich zwei weitere Drittel stehen offensichtlich an, die möglicherweise verbaut werden sollen oder sicher, weil sonst könnte ja die Stadt nicht sagen na ja, ihr bezahlt ein Drittel und zwei andere zahlen dann auch jeweils ein Drittel. Wenn man sich das allerdings dann größenordnungsmäßig anschaut, dann würde das bedeuten, die derzeit geplante verbaute Fläche des AMS sind etwa 2.300 m², 2.257 m² genau, wenn man das jetzt mit drei multipliziert kommen wir auf 6.800 m². Das entspricht in etwa der Fläche des City-Points. So, und wenn man sich dann die Kubatur ausrechnet, das mal durchschnittliche Raumhöhe 3 bis 3,5 m, ergibt das in etwa ein Kubatur von 23.000 m³ die da dann möglicherweise verbaut werden sollen, wenn man jetzt von dem Ansatz ausgeht, dass ein Drittel diese momentane Verbauung das AMS darstellen würde. Bitte, da stellt sich aber wirklich die Frage, was soll denn da bitte noch hingebaut werden? Wo soll das verbaut werden? Sollen da wirklich die ganzen Bäume und soll das Ganze da abgeholzt werden? Es hat eigentlich in der derzeitigen Konstellation, auch im Zusammenhang mit der Bauernkammer, die ja an sich nicht daran gedacht hätten etwas zu verändern. Es hat eigentlich keinen Platz. Ich würde doch den Herrn Bürgermeister bitten uns zu sagen was er da noch in der Hinterhand hat, wie er das verbauen will und wo er das unterbringen will. Es ist einfach ein Wahnsinn.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, obwohl es nur, unter Anführungszeichen, bei diesem Antrag um die Erlegung von Kosten eines Drittels der möglichen anfallenden Kosten für die Ausfahrt dieses neuen Bauvorhabens AMS geht, in der Höhe von 67.500,-- Euro, bietet doch dieser Antrag die Möglichkeit einen kurzen Blick zurück zu machen, wie es eigentlich dazu gekommen ist, dass dort die Baugenehmigung erteilt wurde. Ich darf in Erinnerung rufen, dass ja sehr viele, nicht nur Mandatäre sondern auch Fachleute höchsten Ranges hier im Hause und auch vom Gestaltungsbeirat sehr überrascht waren, dass hier der Herr Bürgermeister, zu einem Zeitpunkt wo eigentlich der Gestaltungsbeirat sich nochmals mit dieser Thematik befasst hat, bereits die Zusage erteilt hat, dass dort dieses AMS-Gebäude im Bereich des Rudigierparks entstehen soll. Das ist die eine Seite.

Wir haben uns sehr deutlich dagegen ausgesprochen, aus verschiedenen Gründen, aus verkehrstechnischen Gründen und auch aus anderen Gründen. Darauf möchte ich aber jetzt und heute nicht näher eingehen. Aber es ist auch bei diesem Antrag doch einiges in Zweifel zu ziehen, meine Vorredner haben bereits darauf hingewiesen. Es ist eine Festlegung der Stadt, dass sie sich also mit diesen 67.500,-- Euro begnügt, ganz egal wie hoch diese Kosten auch sein werden. Da darf schon festgestellt werden, das ist nur so schnell durch meinen Kopf gegangen, dass es ja auch um eine Abbiegespur geht, die wir, auch die Stadt Steyr, bezahlen und bei allen anderen Bauvorhaben wie Interspar, wie Leiner und da könnte man noch einige nennen, war es ja tatsächlich so, dass diese alle Kosten die durch ihren Bau in verkehrstechnischer Hinsicht entstanden sind, übernommen hat. Das scheint auch eine Ausnahme zu sein. Also hier ist doch eine besondere Naheverbindung eindeutig erkennbar zum Bauwerber. Wir werden jedenfalls, meine sehr geehrten Damen und Herren, diesem Antrag die Zustimmung nicht geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster ist der GR Hackl.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Wertes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir haben über die Standortwahl für das neue AMS-Gebäude ja hier im Gemeinderat schon ausführlich diskutiert. Ich habe hier zu dem Thema schon einmal festgestellt, dass, entgegen der vorgebrachten Kritik, Vorschläge und Anregungen des Gestaltungsbeirates sehr wohl in der Planung berücksichtigt wurden bzw. diese auch verändert haben. Das beste Beispiel dafür ist die Einfahrt der Tiefgarage die jetzt direkt an der Leopold-Werndl Straße situiert ist und nicht mehr oberhalb auf dem Niveau der Bauernkammer. Das ist zweifellos eine absolute Verbesserung des Gesamtprojektes und hat obendrein den Vorteil, dass diese Form der Garageneinfahrt eine klassische Investition in die Zukunft ist, weil dadurch sichergestellt ist, dass auch eine zukünftige Tiefgarage oder Tiefgaragenerweiterung in diesem Bereich problemlos über diese Einfahrt bedient werden kann.

Was das zusätzliche Verkehrsaufkommen durch das neue AMS insgesamt betrifft und die dabei geäußerten Befürchtungen, so muss ich schon feststellen, dass es ein Verkehrsgutachten gibt, des Zivilingenieurbüros Fritsch und Koch, das den durch das AMS zu erwartenden Verkehrszuwachs als absolut beherrschbar darstellt. Trotzdem, und damit beschäftigt sich ja der heutige Antrag, wurde der Bauwerber verpflichtet, auch einen Beitrag für eine völlig neue Verkehrsabflusslösung zu bieten und zu leisten, deren Realisierung zwar heute noch in den Sternen steht, die aber, und das finde ich auch wichtig und richtig, natürlich schon mitgedacht und mitgeplant gehört, weil klar ist, dass, sollte auf dem Areal der Bauernkammer oder des Wirtschaftsverein Arbeiterheim irgendwann einmal eine weitere Verbauung stattfinden, dann können die erforderlichen Parkplätze nur unterirdisch stattfinden und dann kann die Garagenausfahrt nicht mehr über die bestehende Parkplatzebene vor dem Casino erfolgen, das ist klar, sondern muss direkt mittels Unterführung in die Zieglergasse eine Unterführung gebaut werden. Die erforderlichen Finanzmittel wurden, das haben wir gehört, auf ca. 200.000,-- Euro geschätzt. Ich finde es angemessen und für absolut in Ordnung, dass die STRABAG als Bauherr des AMS sich an diesen Kosten mit einem Drittel beteiligt.

Was die Kritik des Kollegen Eichhübl betrifft, die gesamte unterirdische Garagenausfahrt hätte bezahlt werden müssen vom Bauwerber, also von der STRABAG, weil auch andere die gesamten neuen Verkehrslösungen zahlen müssen. Da stellt sich schon die Frage oder eigentlich das Faktum dar, dass nicht alles was hinkt gleich ein Vergleich ist, weil in Wahrheit muss eigentlich die STRABAG für ihr AMS-Bauvorhaben gar keine unterirdische Garagenausfahrt bauen, vielmehr bescheinigt ihr das Verkehrsgutachten, dass die Zu- und Abfahrt für die AMS-Tiefgarage den verkehrstechnischen Erfordernissen entspricht. Es steht also fest, die Einfahrt in die neue AMS-Tiefgarage, direkt von der Leopold-Werndl Straße aus, ist eine massive Verbesserung des Gesamtprojektes, es ist eine zukunftsorientierte Vorleistung für eine große Garagenlösung die in diesem Bereich möglicherweise in den nächsten Jahren irgendwann einmal realisiert werden könnte. Mit dem heute zu beschließenden Finanzierungsanteil der Stadt ist auch sichergestellt, dass bereits ein Drittel der kostspieligen unterirdischen Ausfahrt über die Zieglergasse im Voraus bezahlt ist. Ich meine, das ist fair und angemessen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich gebe meinem Vorredner, dem GR Hackl Recht, es geht hier eigentlich um zwei verschiedene Dinge. Das eine ist einmal generell die Situierung des Baus dort. Ich bin nur nicht der Meinung, dass es durchaus positiv beurteilt wurde vom Gestaltungsbeirat. Der Gestaltungsbeirat hat ganz klar gesagt, das Gebäude auf diesem Standpunkt ist am falschen Platz, es würde nach vorne gehören, eine straßenbegleitende Verbauung. Der Bereich, wo jetzt gebaut wird, sollte freigehalten werden und der Baumbestand dort erhalten bleiben. Das ist ganz eine klare Aussage. Auch wurde vom Gestaltungsbeirat gesagt, dass die Kubatur diesen Bauplatz überfrachtet. Das ist eine ganz klare Geschichte. Kollege Hack hat ebenfalls angemerkt, und ich möchte es noch einmal wirklich verdeutlichen, wenn man sich die Grundfläche anschaut die dort zur Verfügung steht, und jetzt geht man wirklich von offensichtlicher Schätzung aus, was sich dort in Zukunft noch an Verbauung tun soll, dann kommen wir auf eine Größenordnung wie das City-Point was aber auf einem viel größeren Bauplatz situiert wurde. D. h., eine gewaltige Überfrachtung und das widerlegt einmal das Argument von diesem Vertrag bitte schön, dass richtig ist, dass ein Drittel der geschätzten Kosten nur bitte schön des Tunneldurchstiches von dem AMS zu bezahlen ist. Wir wissen alle, dass es damit ja nicht getan ist. Wir brauchen eine Abbiegespur. D. h., es sind ja noch andere verkehrstechnische Maßnahmen notwendig, die dann ganz offensichtlich ganz klar die Stadt trifft. Da hat der Kollege Eichhübl mit Sicherheit Recht. Wir gehen ab von der Vorgangsweise die wir bisher gehabt haben, dass wir gesagt haben, ein Bauwerber ist dafür verantwortlich für die Verkehrsmaßnahmen die notwendig sind um seinen Bau überhaupt zu gewährleisten. Es ist ja auch

nicht so, man redet ja jetzt ganz klar davon nur von der Einfahrt in die Tiefgarage. Bitte schön schaut euch einmal an wie viele Stellplätze in dieser Tiefgarage sind. Das reicht doch für den Betrieb für das AMS nicht einmal annähernd aus. Es ist die normale Vorschreibung von der Gewerbeordnung. Man geht davon aus, dass ein Drittel der Belegschaft mit einem Fahrzeug kommt. Man geht davon aus, dass der Großteil der Klienten mit öffentlichen Verkehrsmitteln kommt. Ja bitte schön, schaut euch das doch einmal an. Das ist doch an den Haaren herbeigezogen. Das verkehrstechnische Gutachten ist von allen Fachleuten hier im Haus bitte ganz klar angezweifelt worden. Ich würde wirklich ersuchen und anregen, dass die Stadtgemeinde ein weiteres verkehrstechnisches Gutachten selbst in Auftrag gibt, dass neutral beurteilt. Der Auftraggeber dieses Verkehrsgutachtens ist die Raiffeisen Development Group.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Hackl.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Eines ist auch klar, jedes Gutachten ist auftraggeberorientiert und geht von der Aufgabenstellung aus. Was bekrittelt wurde von unseren Experten hier im Haus ist, dass man von dem derzeitigen Verkehrsaufkommen aus, das in nicht genügendem Ausmaß berücksichtigt wird den tatsächlichen Parteienverkehr des AMS. Wir haben in unmittelbarer Nähe jetzt zwei Einfahrten. Wir haben die Einfahrt die die Bezirksbauernkammer versorgen sollen und den Arbeiterverein, wobei wir auch hier wissen, dass hier eher mit einer Zunahme zu rechnen ist in der nächsten Zeit, weil noch nicht alle Fläche wirklich voll verwertet werden von diesen beiden Bereichen und direkt daneben haben wir die Tiefgarage einmal. Die Tiefgarage, noch einmal, deckt nicht den tatsächlichen Bedarf für das AMS. Es wird einen weiteren Suchverkehr geben. Wir wissen genau, dass wir in dieser Gegend unmittelbar bevorstehen vor einem weiteren Ausbau des Bundesschulzentrums, wir selbst sind Betreiber und wollen es, dass das Reithofferareal ausgebaut wird. D. h., es ist ganz klar, dass in diesem Gebiet eine Verkehrszunahme, aber im eklatanten Ausmaß, passieren wird. Wir wissen, dass alleine mit diesen zusätzlichen Maßnahmen, dass wir eine Zunahme von über 30 % haben werden in den nächsten 15 Jahren. Das Verkehrsgutachten ist ausgegangen von einem Gleichbleiben auf dem jetzigen Standort. Das kannst du im Prinzip so nehmen und zerreißen. Das ist das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben steht. Ich warne davor, das ist jetzt eine Geschichte die ist zum absoluten Nachteil für die Gemeinde ist. Das ist nicht in Ordnung. Diese 67.000,-- Euro ist der billigste Weg für den Bauwerber und das ist ja nicht in dem Fall das AMS sondern das ist die STRABAG gemeinsam mit der Raiffeisenbank, das ist der billigste Weg, dass sie dazu kommen. Wir müssen uns nur einmal vor Augen halten, wie ist es denn überhaupt dazu gekommen? Es waren ja andere Standorte ja bitte schon durchaus nicht nur im Gespräch sondern kurz vor der Realisierung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Kurz vor der Realisierung war gar nichts.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Das stimmt ja gar nicht.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Die klare Aussage von Wien, vom AMS, war, das ist die billigste Version und die nehmen wir. Es ist günstiger wie die andere. Warum ist es günstiger? Weil wir nicht darauf schauen, wie bei anderen Bauvorhaben in der Stadt, dass der Bauwerber die Infrastrukturmaßnahmen, die verkehrstechnisch notwendig sind, auch machen. Wir sagen eines, zahl einen kleinen Betrag, zahl die 67.000,--, wobei wir genau wissen es ist nicht ausreichend und damit ist für dich der Fall erledigt. Was wird geschehen? Wir als Stadt werden wieder bezahlen müssen, wir werden wieder was machen müssen. Auch das ist Faktum, dass diese Kreuzung bereits jetzt eine Überlastung von 24 % hat. Sie also permanent praktisch in einem Staubereich ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nicht permanent.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wenn sie 124 % Belastung hat, das werden wir nicht ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

124 % haben wir zu den Spitzenzeiten.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Na selbstverständlich. D. h., auf einen der drei hauptneuralgischen Punkten machen wir das. Und wenn wir es schon machen, alles legitim, dann haben wir aber auch die Verpflichtung, dass wir Vorsorge treffen, dass es wenigstens verkehrstechnisch funktioniert und das ist da nicht gewährleistet.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Oppl.

STADTRAT WALTER OPPL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr verehrtes Präsidium, erlauben sie mir doch jetzt noch als zuständiger Referent für Verkehrsfragen hier Stellung zu nehmen. Ich kann mir den Eindruck nicht erwehren, dass es gerade jetzt von dir Gunter doch eine gewisse Polemik ist, die ich dir da nicht absprechen kann. Ich möchte da hier schon jetzt einmal ausschließlich zur Verkehrssituation zurückkommen. Der Kollege Hackl hat es ja an und für sich schon genau erläutert, aber ich möchte mir erlauben, hier schon genauere Daten auch in diesem Kreis einmal öffentlich kund zu tun. Wir reden immer von einem Verkehrskonzept und es wird dann immer behauptet, dass alles überlastet ist, dass das alles ein Blödsinn ist und dass es das Papier nicht wert ist. Ich möchte daher einmal ganz kurz, bevor ich darauf näher eingehe, auf deine Aussage zurückkommen, wo du gesagt hast, dass sämtliche Verkehrsexperten im Hause dieses Verkehrskonzept anzweifeln. Ich kann in diesem Kreise sagen, dass dem nicht so ist. Ich habe auch ein ganz ausführliches Gespräch mit dem Herrn DI Froschauer geführt. Nämlich auch aufgrund deiner Aussage, das war auch bereits im letzten Stadtsenat, anlässlich dieses Beschlusses, das du als Beitrag gebracht hast. Ich habe ihn extra gefragt, ich möchte das auch im Gemeinderat sagen und er steht dazu. Er steht zu diesem Verkehrskonzept. Dass man unterschiedlicher Meinung sein kann wo was positioniert ist, das steht auf einem anderen Blatt Papier. Aber das haben wir ausdiskutiert und über das brauchen wir glaube ich heute nicht mehr diskutieren, das war ein demokratischer Entscheidungsprozeß. Aber zu sagen Gunter, dass sämtliche Experten hier gegen dieses Verkehrskonzept sind und das anzweifeln, das entspricht schlicht und einfach nicht den Tatsachen. Der Herr DI Froschauer hat ausdrücklich gesagt, mit dieser Lösung speziell, mit der zusätzlichen Lösung, mit der eigenen Zufahrt in die Tiefgarage, die auf Betreiben auch von der FA aufgenommen worden ist und von der STRABAG mitgetragen wird, kann er sehr gut leben. Weil grundsätzlich das Verkehrskonzept aussagt, dass diese Zufahrt zusätzlich nicht möglich wäre und zum jetzigen Zeitpunkt es ohne weiteres reichen würde mit der bestehenden Zufahrt, wie man jetzt auf den Casino-Parkplatz zufährt. Das möchte ich jetzt hier und auch aus der Zusammenfassung zitieren, dass einmal alle wissen, von was wir denn überhaupt reden.

Ich zitiere jetzt einmal wörtlich: „Die Begutachtung erfolgt auf Basis der Bestandsverkehrsflächen Oktober 2003 im Straßennetz und den Prognosenverkehrsmengen aus dem Betrieb des AMS.“ Es geht jetzt einmal momentan grundsätzlich nur um das AMS und nicht um eine zukünftige Verbauung von Reithoffer oder eine eventuelle zukünftige Verbauung, was jetzt zur Diskussion steht. „Im Bestand beträgt die Verkehrsstärke in den Morgen- und Abendspitzenstunden je 150 Kfz in der Stunde und in der Mittagsspitze ca. 115 Kfz in der Stunde. Die Neuerrichtung des AMS Steyr wird ein Aufkommen von rund 230 Kfz-Fahrten an der Casino-Zufahrt pro Werktag führen wodurch in der Morgenspitze mit ca. 175 Kfz, das entspricht ein Plus von 25 Kfz, wir reden jetzt von der Spitze, das ist eine momentane Steigerung von 16 %, und in der Mittagsspitze von 145 Kfz, das entspricht einer Steigerung von 30 % und in der Abendspitze gleichbleibende 150, Kfz das entspricht einer Steigerung von Null, erwartet wird. Für die Relation des Linkseinbiegers in die Werndl Straße errechnet sich eine Zunahme von ca. 10 % in der Morgenspitze und eine Zunahme von 35 % in der Mittagsspitze.“

D. h., wir reden immer von Spitzen, wobei sich der zusätzliche Verkehr dann sicher über den gesamten Tagsverlauf aufteilen wird.

„Um in der Praxis auftretende Wechselwirkungen mit der Verkehrslichtsignalanlage Tomitzstraße berücksichtigen zu können, wurde eine Mikrosimulation mit dem Programmsystem VESSEN durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass durch das zusätzliche Aufkommen sich die Verkehrsqualität ohne Parkplatzmanagement für die nach links abfahrenden zwar verschlechtert, allerdings in einem Maße, das heute in anderen Spitzenstunden bereits besteht. Eine Prüfung der Leistungsfähigkeit gemäß den Richtlinien und Vorschriften für Straßenbau, das von der österreichischen Forschungsgemeinschaft Straße und Verkehr in intensiver Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien und sämtlichen österreichischen Universitäten erstellt wird, ergibt aufgrund dieser Richtlinien eine ausreichende Leistungsfähigkeit der Ausfahrt aus dem AMS-Areal in die Werndl Straße. Immer unter dem Aspekt, dass es keine zusätzliche Zufahrt in die Tiefgarage gibt,

immer unter dem Aspekt, dass die Zu- und Abfahrt über das bestehende Areal, wie es sich momentan darstellt, gibt und natürlich auch ohne Untertunnelung. Mit einem Parkraummanagement, laut dem genannten Maßnahmenpaket, ist es möglich, die Verkehrsfrequenz der Ein- und Ausfahrt eben über die jetzt bestehende Zufahrt und Abfahrt trotz dem neuen AMS-Gebäude gegenüber Oktober 2003 konstant zu halten, wie das durch die bereits eingeleiteten Maßnahmen auch schon erkennbar bzw. nachgewiesen wird. Die Ampelregelung Kreuzung Tomitzstraße/Werndl Straße hat gegen den Richtlinien und für Vorschriften für den Straßenbau bereits im Bestand einige Relationen mit einem Sättigungsgrad von über 1,0, da hast du vollkommen Recht, aber nur natürlich zu den Spitzenzeiten und nicht permanent über den ganzen Tag. Das durch das AMS induzierte zusätzliche Aufkommen liegt allerdings in einer Größenordnung der täglichen Aufkommensschwankungen, das vor allem durch das vorgeschlagene Parkraummanagement minimiert werden kann und somit für die Leistungsfähigkeit der Gesamtanlage nicht mehr bedeutsam ist.“

Es geht das Gutachten auch noch ein auf diesen bereits zitierten Rechtsabbiegestreifen in der Leopold-Werndl Straße und bezieht sich aber ausschließlich auf die zukünftige Verbauung der Reithoffergründe.

„Die Reithoffergründe sollen künftig baulich genutzt werden. Neben Wohnhäusern sind auch verschiedene zentrale Einrichtungen aus diesem Standort möglich. Das wird zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen logischerweise auch in der Leopold-Werndl Straße führen. Die Mischspuren, gerade und rechts der beiden Kreuzungszufahrten Werndl Straße aus Richtung Garsten bzw. aus Richtung Brucknerplatz sind unpaarig. Ein Rechtsabbiegestreifen in die Leopold-Werndl Straße in Richtung Schönauerbrücke würde eine Verkürzung der Grünzeit um etwa ein Drittel ermöglichen. Eine Verlängerung der Grünzeit für Linksabbieger, das ist momentan die derzeit kritische Relation, wäre ebenfalls möglich. Die möglichen Effekte dieser Maßnahme werden natürlich dann im Detail und im Zusammenhang mit einer allfälligen Optimierung der Ampelregelung zu prüfen.“

Jetzt kommt der springende Punkt und der springende Halbsatz:

„Diese sind jedoch keinesfalls dem Betrieb des AMS zuzuordnen.“

Also dieser Verkehr, der hinkünftig entstehen wird, sollten wir das Reithoffergelände verbauen, kann man sicherlich nicht dem AMS zuordnen.

„Für eine zukünftige Bebauung im Kreuzungsbereich in Form einer Schließung der Baulücke, jetzt sind wir wieder beim AMS-Gelände, wird die Erweiterung der AMS-Garage und eine Trennung von Zu- und Ausfahrt vorgeschlagen. Also erst dann wird das vorgeschlagen. Als Ausweichmöglichkeit bietet sich eine Unterführung der Werndl Straße zur Zieglergasse an.“

Also in zwei Sätzen zusammengefasst: Das Gutachten, das sicher ein gerichtlich beeidetes Zivilingenieurbüro erstellt hat, und man kann natürlich immer, wenn einem was nicht passt, alles infrage stellen, kommt zu diesen Schlüssen. Noch einmal, zusätzlich zu diesem Gutachten wird jetzt seitens des AMS noch die Zufahrt, als Vorleistung, in die Tiefgarage geführt. Weil ich jetzt gerade noch von der Tiefgarage gesprochen habe, hat mir die Kollegin Weixlberger draußen noch ganz kurz eine Notiz gegeben, wir werden in der Tiefgarage ca. 48 bis 50 Stellplätze haben. Du hast zuerst gesagt, ein Drittel der Mitarbeiter wird diesen Parkraum benützen. Das sind genau 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AMS, die voraussichtlich die Tiefgaragenstellplätze benützen werden. Wobei man dazu sagen muss, die stehen ja jetzt auch schon irgendwo. Es ist ja nicht so, dass über die Werndl-Kreuzung nicht auch schon Besucherinnen und Besucher des AMS über diese Kreuzung fahren. Also ist das sicherlich bei weitem nicht so dramatisch, wenn man bedenkt, dass zu Spitzenzeiten maximal zur jetzigen Belastung 25 Autos zusätzlich über diese Kreuzung fahren werden.

Aus diesem Grund, liebe Kolleginnen und Kollegen kann ich auch diesem Antrag und dieser Vorgangsweise mit ruhigem Gewissen zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Frech zum zweiten Mal.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Sie haben jetzt zitiert, Herr Kollege Oppl, aus dem verkehrstechnischen Gutachten. Allerdings war das nur der Auszug bzw. die Zusammenfassung die es gibt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das Wesentliche.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Mitunter interessiert man sich aber auch ein bisschen für das Detail. Ich denke mir schon, dass

Mandatare eine Verpflichtung haben, bevor sie über was entscheiden, dass man sie informiert. Wahrscheinlich gibt es eh dieses Gutachten in vollständiger Fassung. Mir war es jedenfalls nicht möglich, dieses Gutachten gestern zu sehen. Ich weiß auch gar nicht, ob es wirklich im Akt liegt, weil es gibt auch kein Aktenverzeichnis. Also kann es sein, dass es drinnen ist, es kann aber auch sein, dass es nicht drinnen ist. Aber sie haben eines richtig festgestellt Herr Kollege Oppl, das ist ein Gutachten, dass vom Auftraggeber her nicht seitens der Stadt gekommen ist, sondern der Auftraggeber ist der Bauwerber. Der Auftraggeber hat natürlich auch ein Interesse daran, dass das Projekt durchgeht. Dafür ist eigentlich dieses verkehrstechnische Gutachten in manchen Punkten schon sehr happig, auch wenn es nur der Auszug ist, weil halten sie sich bitte vor Augen, wenn sie eine Zunahme in der Morgenfrequenz haben von 16 % und in der Mittagszeit um 30 %, an einem ohnedies bereits neuralgischen Punkt, dann ist das aber eine Steigerung um 30 % und eine Steigerung um 16 % und das an diesem dermaßen neuralgischen Punkt, wo man noch nicht einmal berücksichtigt hat, wie das Verkehrsaufkommen sich in Zukunft entwickeln wird. Ich finde es schon ganz interessant, wenn es heute in der Diskussion gefallen ist, ja, die STRABAG müsste das ja gar nicht machen. Ja glauben wir wirklich, dass die STRABAG so edel, hilfreich und gut ist und da freiwillig was macht, was sie gar nicht machen müsste? Die haben sich den günstigsten Weg ausgesucht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, wir haben sie dazu gezwungen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Die Kostenschätzung von 200.000,-- Euro kommt auch letztlich über den Bauwerber. D. h., ich garantiere ihnen heute schon, die Wette schließe ich gerne ab, die 200.000,-- werden es nicht sein. Das wird weit jenseits der 200.000,-- Euro sein. So, und dann ist aber der Punkt, wenn dann aber die 200.000,-- überschritten sind, die STRABAG, wenn das heute so beschlossen werden sollte, zahlt 67.500,-- zuzüglich Mehrwertsteuer, keinen Euro mehr. Der nächste Punkt ist dann auch, den ich sie bitte zu überlegen, wir haben dann noch zwei weitere Drittel. Nur wenn jetzt die STRABAG einzementiert ist auf die 67.500,--, werden auch die anderen dann sagen ja halt, wir beteiligen uns auch maximal mit diesen 67.500,-- wie die STRABAG und das heißt, der Rest bleibt bei der Stadt. Das können 100.000,-- Euro, 200.000,-- Euro sein, das wissen wir nicht wir fixieren uns aber heute. Ich halte das schon für absolut bedenklich, so eine Vorgehensweise an den Tag zu legen. Zum Projekt selbst möchte ich nur sagen es ist wirklich eine Absage an eine nachhaltige Stadtplanung und Stadtentwicklung und ich halte es für extrem kurzsichtig zu sagen, das betrifft ja jetzt nur das AMS und der Rest braucht uns nicht zu interessieren. Wir wissen ganz genau, dass bei Reithoffer Überlegungen sind und da wird auch irgendwas hinkommen und jetzt ein Einzelstück herauszunehmen und zu sagen das wird schon irgendwie so passen. Also, Herr Bürgermeister, sie erteilen jedenfalls, werte Kolleginnen und Kollegen, wenn sie diesem Antrag jetzt die Zustimmung geben, wirklich die Absage an eine nachhaltige Stadtentwicklung und Stadtplanung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Kupfer zum 2.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bürgermeister hat im letzten Amtsblatt seine Vorgangsweise dokumentiert bzw. erklärt, warum er und seine Fraktion im letzten GR die Zustimmung gegeben hat. Er hat drei Gründe angeführt. Erstens hat er gesagt, der Gestaltungsbeirat war dafür, 2. ist drinnen gestanden es gibt einen Bebauungsplan und 3. ein Verkehrsgutachten. Dazu ist festzustellen: Der Gestaltungsbeirat hat alles andere gemacht wie dem zuzustimmen, 2. ist zu sagen, es hat nie und nimmer dort einen Bebauungsplan gegeben, den gibt es nach wie vor nicht und 3. ist zu sagen, dieses Verkehrsgutachten das uns der Walter Oppl als Referent jetzt erklärt hat, ich weiß nicht, wer es gelesen hat, einige haben es gelesen, Auftraggeber war ganz klar der Bauwerber. Die Auftragnehmer waren zwei Verkehrsgutachter, das sind sehr gute Verkehrsgutachter und sie haben auch ein einwandfreies Verkehrsgutachten gemacht. Den Helmut Koch kenne ich sogar persönlich. Es ist sicher kein Auftragsgutachten, nur im Gutachten steht natürlich auch das drinnen was sozusagen gefragt worden ist bzw. was man will. Wenn da drinnen steht natürlich 50, und wir gehen immer von diesen 50 Parkplätzen beim AMS aus, dann war das einmal die Grundlage. Und du hast ganz richtig zitiert, diese schlechte Situation die bereits jetzt besteht, die wird auf keinen Fall besser, sondern die wird schlechter. Wenn man das Gutachten liest, steht ganz klar drinnen, die Situation ist derzeit schon sehr konfliktreich, die Situation wird durch den AMS-Bau nicht besser und dann steht auch noch drinnen, das ist für mich der springende Punkt, alle anderen Ausbaumaßnahmen Reithoffer bzw. auch auf diesem Grundstück sind nicht berücksichtigt in dieser Bewertung. Aber was

wir jetzt machen, und dieser Antrag heute bezieht sich ja nicht nur auf das AMS sondern der bezieht sich auf zukünftige Planungen, bezieht sich auf eine zukünftige Unterführung was auch eine zukünftige Bebauung betrifft und für das haben wir aber kein Verkehrsgutachten. Wir kennen alle die Ausfahrt Zieglergasse. Es gibt auch kein Verkehrskonzept, es gibt auch keine Verkehrsplanung derzeit. Ich stelle mir nur vor, wenn die alle herausfahren und dann links Richtung Garsten abbiegen. Also über dieses Verkehrsgutachten kann man trefflich streiten. Ich halte fest, der weitere Ausbau auf dieser Parzelle ist nicht berücksichtigt und Reithoffer ist nicht berücksichtigt. Jetzt komme ich auf das Interesse der Stadt zurück. Sind wir Besitzer oder Eigentümer der Parzelle bei der Bezirksbauernkammer oder sind wir Besitzer des Areals Reithoffer? Das frage ich euch. Wir sind natürlich Besitzer, das haben wir alle gemeinsam beschlossen, des Areals Reithoffer. D. h., unser Interesse muss es natürlich sein, dass die städtebauliche Entwicklung Reithoffer gut passiert. Wenn jetzt der Bürgermeister sagt, zuerst bauen wir einmal das AMS und dann, wenn Reithoffer daherkommt, dann schauen wir einmal weiter. Das ist nicht unser Interesse. Unser vordringliches Interesse muss doch sein, dass Stadtplanung in diesem Areal, in diesem Gebiet funktioniert. Darum komme ich nach wie vor darauf, wir würden uns einiges ersparen, wenn wir auf dieser Parzelle wirklich einen Bebauungsplan machen würden, auf dieser Parzelle wirklich mit dem Gestaltungsbeirat geredet hätten und vorher uns überlegt hätten was man dort machen kann oder nicht. Da kommen wir auch zum Kollegen Froschauer. Der Kollege Froschauer hat natürlich gesagt, das Verkehrsgutachten ist okay. Das bestreitet auch niemand, dass das schlecht gemacht worden ist. Aber vom Herrn Baudirektor über den Herrn Froschauer abwärts, alle in der Planungsabteilung sagen, dort ist das überhaupt nicht gescheit, dass wir das machen und das ist eine ganz klare Aussage.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der Baudirektor sagt das sicher nicht. Und wenn, dann erzählt er mir was anders als euch.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Was der Bürgermeister und seine Fraktion da durchgezogen hat, ist gegen die Expertenmeinung extern und gegen die Expertenmeinung intern. Die ganze AMS-Geschichte, man muss auch noch einen Punkt heute berücksichtigen, weil er ja so aktuell ist. Wir haben ja die hübschen Franziskanergründe vor einem Jahr umgewidmet. Weil es immer so heißt, der Bauwerber hätte nur dieses eine Areal da zur Verfügung gehabt. Wir haben irgendwie so einen großen Druck gehabt, dass wir ganz schnell agieren müssen, weil sonst springt uns das AMS ab. Vor einem Jahr habt ihr uns herinnen erzählt, wir müssen jetzt die Franziskanergründe aber ganz schnell umwidmen, mit öffentlichem Interesse AMS. Was passiert uns jetzt? Dem Gestaltungsbeirat wird eine Planung vorgelegt wo, ich sage einmal, zwei Drittel Wohnnutzung auf diesem Areal ist. Wir haben es damals heftigst kritisiert, wir haben damals auch dagegen gestimmt und jetzt haben wir den ganzen Pallawatsch. Wenn sich die Gemeinde wirklich überlegt hätte wo das AMS, und das ist wichtig, das muss man glaube ich auch einmal feststellen, weil da kommt dann immer so die Polemisierung, die Grünen möchten vielleicht nicht, dass das AMS neu baut. Das ist völlig d'accord. Wir sollen uns ja überlegen, wo das AMS baut.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Das kann sich nicht die Stadt überlegen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Natürlich kann sich das die Stadt überlegen, weil die Stadt ist nämlich Grundbesitzer in dem Areal. Die Stadt könnte sagen, wir haben einen städtebaulichen Wettbewerb Reithoffer gemacht, wir haben einen Bebauungsplan bei Reithoffer und ...

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Von welchem Grund redest denn du?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ja von Reithoffer.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Vor zwei Jahren war aber Reithoffer nicht zur Diskussion.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Vor einem Jahr waren aber die Franziskanergründe zur Diskussion.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Aber vor zwei Jahren ist ausgeschrieben worden.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Aber jetzt stehen sie zur Diskussion. Wir haben, und damit möchte ich jetzt auch schließen, ein städtebauliches Entwicklungsgebiet Reithofer wo wir ganz klar gesagt haben dort wollen wir öffentliche Nutzung, dort wollen wir Kulturnutzung, dort wollen wir Wohnnutzung, dort wollen wir Büronutzung und Dienstleistungsnutzung. Nirgends würde es besser hinpassen als zu Reithofer. Nein, was machen wir, wir fällen Bäume auf einem wunderschönen Areal, wir verdichten dort die Bauparzelle, schaffen uns ein großes Verkehrsproblem und führen hier eine Diskussion auf Gemeinderatsebene wo alle Experten vorher gesagt haben, bitte macht das nicht.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wünscht noch jemand das Wort? Herr Mayrhofer zum 2.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich verstehe die Emotionen, weil da geht es um Geld. Nicht um unsere Geld, sondern um das Geld der Steuerzahler und vor allem um eine nachhaltige Stadtentwicklung, wie es der Kollege Kupfer schon angeführt hat. Ich glaube aber trotzdem, dass wir die Emotionen wegschieben sollten und uns wirklich einmal mit Sachargumenten auseinandersetzen sollte. Wir reden hier von einem Linksabbiegen auf einer Hauptverkehrsrouten. Es gibt dort keinen Linksabbiegestreifen. Den gibt es nicht. Überall anders, bei ähnlichen Bauwerken, schreiben wir das vor. Hier ist es in der Situation nicht möglich. D. h., er steht auf der Hauptspur, wo man normalerweise Richtung Wehrgraben hinunterfährt. Jetzt gehen wir einmal davon aus, dass es beim AMS, genauso wie in anderen Bereichen, Stoßzeiten gibt. Womöglich fallen diese Stoßzeiten zusammen mit den Stoßzeiten der benachbarten Objekte, Schulen usw. Wahrscheinlich ist das in der Früh. Ich kann nicht die Zahl derer nehmen, die den ganzen Tag dort hinfahren und einfach durch die Stunden dividieren, sondern ich habe Stoßzeiten. D. h., sie stellen sich alle auf dieser Hauptspur an und wollen in die Garage abbiegen, wo 50 Stellplätze vorhanden sind. 50 für den gesamte AMS-Bereich, der jetzt oben in der Tomitzstraße keinen Platz mehr hat, sich dort nicht entwickeln kann, die die Stellplätze im gesamten Bereich Stelzhamerstraße/Tomitzstraße jetzt in Verwendung haben bis raus bitte schön zu uns in die Wirtschaftskammer und beim Gericht und auf dem BH-Parkplatz wo ebenfalls Leute vom AMS parken. Das Verkehrsgutachten, da bin ich vollkommen bei ihnen Herr Kupfer, natürlich kann man nicht sagen es ist falsch. Es geht von Angaben aus, die dem Planer zur Verfügung gestellt wurden. Die Angaben sind z. B., dass nur ein Drittel der Beschäftigten dort reinfahren in die Parkgarage. Wie kommt man denn jetzt auf das? Wie kommt der Planer darauf, von welcher Seite bitte schön die zufahren? Wie viele kommen bitte aus dem Ennstal heraus, wie viele kommen aus dem Wehrgraben, wie viele kommen von der Ennsleite? Darauf nimmt dieses Gutachten überhaupt keinen Bezug. Das Entscheidende sind aber die Linksabbieger. Die blockieren uns den gesamten anderen Verkehr. Was geschieht denn mit denen die in der Parkgarage in der Früh, wenn sie hineinfahren dort keinen Platz haben? Die müssen wieder raus. Das ist aber nicht die natürliche Frequenz, sondern das potenziert bitte schon das Zu- und Abfahren in diesem Bereich. Noch einmal, Herr Bürgermeister, weil sie gesagt haben oder Entschuldigung, der Oppl hat das gesagt.

Zwischenruf: Kollege Oppl!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Kollege Oppl, wobei Oppl ja durchaus ein gutes Prädikat ist, weil die Autos sind ja auch sehr gut. Der Kollege Oppl hat gesagt, dass der DI Froschauer der Meinung ist, dass das Gutachten in Ordnung ist. Er hat aber gleichzeitig, und das vor vollsammelter Mannschaft gesagt, das Gutachten hat aber den Fehler, dass es vom derzeitigen Verkehrsaufkommen ausgeht. Und damit meint er nicht nur jetzt auf das AMS bezogen, sondern auch von der derzeitigen Frequenz. Es nimmt keinen Bezug darauf der vom statistischen Zentralamt prognostizierten Verkehrszunahme. Da liegt der Fehler des Gutachtens drinnen. Es ist eine Momentaufnahme, die keine Gültigkeit für die Zukunft hat. Alles was wir da herinnen entscheiden sind Sachen die wir für die Zukunft entscheiden. Darum, ich habe mich im Stadtsenat schon dagegen ausgesprochen und meine Fraktion wird sich auch heute dagegen aussprechen, weil wir der vollen Überzeugung sind, dass das eine Entscheidung gegen die Bürger von Steyr ist und dass das nachhaltige Nachteile für uns bringen wird.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Bremm. Bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Ich beurteile und betrachte dieses Projekt wirklich sehr emotionsfrei. Ich habe da überhaupt keine Emotionen dabei, weil es einfach ein Bauwerk ist, das errichtet wird. Das AMS gehört nach Steyr, das sollte man nicht auf Garsten verlagern und nicht nach Dietach hinunter geben. Es soll auch zentral liegen. So eine öffentliche Einrichtung ist ja gescheit, wenn es zentral liegt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Auch die anderen Standorte waren zentral.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ganz emotionsfrei. Das gehört also auch zentral in der Stadt. Ich glaube man kann halt verschiedene Dinge dramatisieren, wenn man es will. Die Debatte haben wir ja schon abgehandelt, die hat ja schon stattgefunden. Sie war sehr zeitraubend, aber das ist ja eh in Ordnung. Jeder soll die Möglichkeit haben zu sagen was er sich denkt. Ob man dort in dem Bereich das AMS hinstellt oder nicht, da kann man unterschiedlicher Meinung sein. Das ist auch legitim. Ich habe vielleicht auch oft gewisse andere Meinungen als so mancher da herinnen vertritt. Das ist auch so zur Kenntnis zu nehmen. Demokratische Mehrheiten werden das dann halt entscheiden. Aber jetzt die ganze AMS-Geschichte mit dem Verkehr zu dramatisieren, also das macht mir schon Sorgen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn wir in Zukunft jedes Projekt in Steyr, und ich hoffe, das wir noch viele Projekte haben, dass Steyr nicht eine schlafende sondern eine lebende Stadt ist, so diskutieren wie dieses und es dann am Verkehr aufhängen, dann wünsche ich uns noch viel Vergnügen, bei so manchen Diskussionen. Wir reden dort von einer Tiefgarage, du hast es gesagt Kollege Mayrhofer, mit 50 Stellplätzen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Viel zu wenig.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Auf der einen Seite sind sie dir zu wenig, du möchtest 200 dort haben, auf der anderen Seite sagst du aber die 50 sind schon zu viel. Man muss schon wissen, was man will. Wenn wir von 200 Stellplätzen reden, dann kann man sagen ob das dort genau hinpasst, das ist was anderes, da wird es schon kritisch, wenn man dort noch den Verkehr hinleiten und den Verkehr anzieht mit einer großen Tiefgarage. Wir reden aber von 50 Stellplätzen. Wisst ihr was das ist? Das ist ein Klackserl.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wie viel sind im City Point?

STADTRAT WALTER OPPL:
286.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wir reden die ganze Zeit vom Verkehr, wie sich der dramatisch entwickelt. Versucht man das ein bisschen zu relativieren, auf einmal ist euch der Verkehr zu wenig, dann ist er euch wieder zu viel. Ich weiß nicht, was jetzt wirklich ist. Das AMS passt euch wieder dort auf dem Grundstück nicht. Okay, das ist legitim. Wir haben im Gemeinderat einen Beschluss gefasst, dass das dort hinkommen soll. Jetzt reden wir über den Verkehr und jetzt wird da dahinlamentiert. Ich meine nur, wenn die Zahlen, und wahrscheinlich alles was negativ ist das trifft meistens ein, wenn sich der Verkehr in den nächsten 10 oder 15 Jahren so entwickeln wird, dass der Individualverkehr so zunehmen wird um die 20, 25 oder 30 % oder vielleicht noch mehr, dann wird es in Steyr auch nicht mehr so gehen, dass wir in 5 Minuten vom Mönichholz auf dem Tabor hinauffahren kann, dann werden wir mit noch vielen Problemen zu kämpfen haben. Dann wird das, ob dort 50 Autos in die Tiefgarage fahren oder zum Wettbüro fahren, überhaupt keine Rolle spielen. Ich glaube, dass der Verkehr dort überhaupt nicht das Ausschlaggebende ist. Oder wenn ich mir die Debatte anhöre, was wir hier und heute führen, und dann reden wir vom Parkhaus vor dem Werndlpark. Da sind wir uns alle einig gewesen. Ich glaube da haben wir fast einen einstimmigen Beschluss für den Standort gehabt. Da ziehen wir den Verkehr für 200, 300 oder 400 Autos her. Da macht das alles nichts, da spielt das überhaupt keine Rolle und dort, bei 50 Stellplätzen, da gibt es ein Problem. In Wirklichkeit ist es der Standort, der Standplatz des AMS. Da glaube ich, dass das sicherlich ein Standplatz ist, der akzeptabel ist, der vernünftig ist. Wir hätten auch gemeint, dass drüben in der Preuenhuberstraße das AMS hinkommen soll. Aber wisst

ihr, auf der einen Seite immer sagen weniger Staat mehr Privat und dann soll auf einmal wieder der Staat alles mehr reglementieren und überall soll der Staat dann eingreifen und sagen das darf der Private nicht machen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Aber die Stadtplanung machen schon wir.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Herr Kupfer das ist ein Baugrund dort, das wissen sie. Wieso haben sie denn nicht vor ein paar Jahren geschrien und haben gesagt jetzt widmen wir um, zurückwidmen. Wir haben ein Stadtentwicklungskonzept diskutiert. Es ist nirgends der Antrag gekommen, dass wir dort eine Rückwidmung machen, wo wir rechtlich ja die Möglichkeit gehabt hätten.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der Baudirektor hat das vorgeschlagen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Geh' lasst den Baudirektor da heraus.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das kann man im Protokoll nachlesen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Der Baudirektor ist da auch nicht herinnen, der ist auch nicht der Politiker der ist Beamter. Benützt ihn nicht immer dazu, der kann sich nicht einmal rechtfertigen.

Es hat niemand einen Antrag gestellt auf Umwidmung der Franziskanergründe. Ich gebe gar niemandem die Schuld aber so zu tun auf einmal wie wenn heute so etwas Unverhofftes daherkommt, weil dort auf einem Baugrund gebaut wird das ist eine Lächerlichkeit.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Es gibt ja nicht einmal einen Bebauungsplan.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Der Bebauungsplan ist eine andere Geschichte Herr Kupfer. Der Bebauungsplan ist die eine Sache und der Baugrund, die Widmung, der Flächenwidmungsgrund ist die andere Sache. Der Flächenwidmungsplan sagt, dass man dort bauen kann. Wegen dem wird auch gebaut. Also, ich sehe das gar nicht so tragisch. 50 Autos, wenn wir nicht mehr zu erwarten hätten in der nächsten Zeit, das wäre die geringste Sorge die wir haben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GR Helga Feller-Höller kommt um 15.43 Uhr in die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Bürgermeister.

GR Martin Fiala verlässt um 15.46 die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt offensichtlich zu diesem Thema jede Menge Emotionen. Das ist auch ein Bereich der sicher sensibel ist, das ist überhaupt keine Diskussion. Ich verstehe auch, dass die Grünen sagen okay, das wäre eine zusätzliche Lunge. Nur ist es halt einmal gewidmet als Baugrund. Ich verstehe allerdings die ÖVP überhaupt nicht. Da muss ich schon sagen, ich verstehe das nicht warum man damals zustimmt, dass man ein City-Point mit 280, habt ihr gesagt, Stellplätze hinbaut, da ist das natürlich kein verkehrstechnisches Problem gewesen. Ich kann mich sehr gut auch erinnern auf die Eröffnungsrede von einem gewissen Herrn Dr. Brückner der damals gesagt hat, wir bauen wieder im Stadtzentrum solche Gebäude hin um möglichst viele Leute auf den Stadtplatz hineinzuziehen und nicht immer nur am Speckgürtel draußen, wo wir uns entwickeln wollen, sondern wir wollen uns auch im Stadtzentrum entwickeln und das ist in der Nähe des Stadtzentrums wo wir das jetzt hinbauen. Wir wollen nicht, dass das AMS irgendwo draußen steht irgendwo auf der Ennser Straße oder auf der Wolfener Straße, sondern wir sind dafür, dass wir das dort entsprechend hinbauen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Dort ist aber die Einfahrt nicht 15 Meter vor der Kreuzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Jetzt lassen sie mich bitte ausreden Herr Stadtrat. Weil sie gesagt haben, die Zunahme haben wir überhaupt nicht berücksichtigt. Na selbstverständlich haben wir die Zunahme berücksichtigt. Gerade dieser Antrag beschäftigt sich mit einer Vorausschauung mit einer Zunahme. Wenn dort zusätzlich nämlich was hinkommt, dann müssen andere nämlich auch wieder ein Geld hinlegen. Genau so ist es. Wenn der Verursacher angenommen die Stadt Steyr ist, weil es beim Reithoffergebäude draußen was baut, dann wird auch die Stadt Steyr Geld in die Hand nehmen müssen weil wir Verursacher sind. Das ist auch eine klare Sache.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Gibt es für die 200.000,-- Euro eine Detailplanung?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Was ist denn, wenn mehr als 50 zum AMS zufahren?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es sind nur 50 Plätze dort und die sind für das ganze Gebäude ausreichend. Es hat ein Gutachten gegeben, das ist jetzt vom StR Oppl noch einmal im Detail erklärt worden, es hat der Gestaltungsbeirat gesagt, dass die Verkehrslösung in Ordnung ist und es hat auch der Herr Froschauer darüber berichtet. Was wollen wir noch machen? Wollen wir das jetzt noch einmal von vorne alles aufwickeln, nur weil sie dagegen sind?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Aber die Untertunnelung gehört sofort gemacht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Also wir machen eine ausreichende Vorplanung und eine vorausschauende Vorplanung für diesen Bereich und wir haben entsprechende Gutachten, die das belegen und wir machen auch die richtige Entscheidung. Ich bitte um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ. Wer ist gegen den Antrag? ÖVP, FPÖ, Grüne, Bürgerforum Frech. Wer enthält sich der Stimme. Niemand. Der Antrag ist angenommen. Ich würde jetzt eine ¼ Stunde Pause vorschlagen, weil ihr seid schon alle so unruhig.

PAUSE VON 15.50 UHR BIS 16.16 UHR

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bitte Plätze einnehmen. Nächste Berichterstatterin ist die Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, in meinem ersten Antrag geht es um den Jahresabschluss 2003 des Alten- und Pflegeheimes Tabor. Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

12) Fin-127)04 Alten- und Pflegeheim Tabor; Jahresabschluss 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Jahresabschluss 2003 des Alten- und Pflegeheimes Tabor wird in der vorliegenden Form genehmigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es Fragen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke schön, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Antrag geht es um den Verwaltungsausschuss. Wir haben einen für das Alten- und Pflegeheim Tabor und sollen in Zukunft einen Verwaltungsausschuss für Tabor und Münchenholz haben. Ich ersuche auch hier um Zustimmung.

13) Präs-29/04 Gemeinsamer Verwaltungsausschuss für die wirtschaftlichen Unternehmungen „Alten- und Pflegeheim Tabor“ und „Alten- und Pflegeheim Münchenholz.“

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Alten- und Pflegeheimes Tabor vom 10. 03. 2004 wird um Beschluss der beiliegenden Verordnung gemeinsamer Verwaltungsausschuss für das „Alten- und Pflegeheim Tabor“ (APT) und „Alten- und Pflegeheim Münchenholz“ (APM) genehmigt. (Beilage).

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen zu diesem Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Antrag geht es um das Organisationsstatut für das Alten- und Pflegeheim Tabor. Die Änderungen sind ausführlich beschrieben und ich ersuche auch hier um Zustimmung.

14) Präs-30/04 Organisationsstatut für das Alten- und Pflegeheim Tabor.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Alten- und Pflegeheimes Tabor vom 10. 03. 2004 wird die beiliegende geänderte Verordnung für das „Alten- und Pflegeheim Tabor“ (APT) genehmigt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es zu diesem Antrag Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch keine. Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das Gleiche gilt natürlich auch für das Alten- und Pflegeheim Münchenholz, auch das wird ja in Kürze eröffnet werden. Ich ersuche auch hier um Zustimmung.

15) Präs-31/04 Organisationsstatut für das Alten- und Pflegeheim Münchenholz.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Alten- und Pflegeheimes Tabor vom 10. 03. 2004 wird die beiliegende Verordnung für das „Alten- und Pflegeheim Münchenholz“ (APM) genehmigt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der nächste Punkt betrifft Essen auf Rädern. Durch die Erneuerung der Küche auf Cook & Chill, wo ja im Voraus produziert und gekühlt wird und jetzt brauchen wir verschiedene Geräte. Generatoren erzeugen Induktionsstrom, der in die Tablett- bzw. Spulenträger geleitet wird. Dieses Zubehör ist ausführlich beschrieben. Ich ersuche um ihre Zustimmung. Das Geld ist auch im Budget vorgesehen.

16) SH-210/04 Aktion „Essen auf Rädern“; Systemumstellung Cook & Chill.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 17. Juni 2004 wird, im Zusammenhang mit der Durchführung der Aktion „Essen auf Rädern“, der Auftragsvergabe

1) zur Lieferung von Induktionsöfen, Transportwagen, Geschirrtelle an die Firma Menü-Mobil Food System GmbH, 6401 Inzing, Dr. Gusav-Markt-Weg 18, zum Anbotspreis von € 181.105,56 (Euro hunderteinundachtzigtausendeinhundertfünf und sechsundfünfzig cent)

2) zur Planung und Ausführung der Aktion „Essen auf Rädern“ – Systemumstellung, an die Firma CNS Design, Kirchengasse 5, 5020 Salzburg im Leistungsumfang von € 9.055,20 (Euro neuntausendfünfundfünfzig und zwanzig cent)

3) zur Lieferung von 4 Transportcontainer an die Firma TARA, Lahndorferstraße 127 a, 4451 Garsten zum Anbotspreis von € 2.764,80 (Euro zweitausendsiebenhundertvierundsechzig und achtzig cent)

zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der

VSt. 5/423000/043000 im Ausmaß von € 190.160,76 und bei der
VSt. 5/423000/040000 im Ausmaß von € 2.765,-- freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von Euro 193.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Im nächsten Punkt geht es um die Subvention für das Tagespflegezentrum Ennsleite. Das ist auch im Budget vorgesehen und ich ersuche auch hier um ihre Zustimmung.

17) Fin-65/01 OÖ. Hilfswerk – Tagespflegezentrum Ennsleite; Subventionsansuchen für den laufenden Betrieb.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 8. Juni 2004 wird dem OÖ. Hilfswerk, Dametzstraße 6, 4020 Linz, für den laufenden Betrieb des Tagespflegezentrums Ennsleite im Jahr 2004 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von € 72.700,-- (Euro zweiundsiebzigtausendsiebenhundert)

gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 1/424000/757100 freigegeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau GR Wührleitner bitte.

GEMEINDERÄTIN EVA-MARIA WÜHRLEITNER:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Das Tagespflegezentrum auf der Ennsleite ist eine Oase zum Wohl fühlen. Es ermöglicht ein Altern in Würde. Die Menschen erhalten die richtige Pflege und ganz persönlich abgestimmte Therapie und sie finden Freude und Freunde in Gesellschaft. Das Logo des Hilfswerkes zeigt die helfenden Hände die sich in der Mitte treffen. Ein längerer Verbleib in der gewohnten häuslichen Umgebung wird ermöglicht, wir haben es im Amtsbericht gelesen. Folgender Aspekt erscheint mir aber doch als erwähnenswert. Sehr positive Erfahrungen machten Leopoldine Dutzler und ihr Team mit Alzheimerkunden. Fast 80 % der Betroffenen sind an Alterdemenz erkrankt. Durch die Regelmäßigkeit im Tagesablauf und die Integration in der Gesellschaft und durch die gemeinsamen Aktivitäten werden Betroffene in ihren Restfunktionen aktiviert und finden wieder Freude in ihrem Leben. Manchen kommen zur Ruhe, sie finden Sicherheit und Geborgenheit. Andere werden aktiv und freuen sich an der Gesellschaft. Durch gezieltes Gedächtnistraining kann einerseits der Fortschritt der Erkrankung verringert oder gar gestoppt werden, andererseits wieder Vieles ermöglicht werden, was früher getan wurde so wie Handarbeiten, basteln, singen, musizieren, kochen unter Aufsicht, Kekse backen oder Nüsse knacken. Viele Aktivitäten werden aber auch durchs Jahr

gebieten. Vom Faschingsfest bis zur Weihnachtsfeier, vom Tag der offenen Tür bis zu Einladungen in Seniorenclubs. Jeder Geburtstag wird auch mit einem besonderen Tag gefeiert. Erst vor kurzem waren die Seniorinnen und Senioren des Tagespflegezentrums eingeladen im Kindergarten in der Marx-Straße. Die Kinder gestalteten ein Singspiel für die Gäste und sie luden anschließend zu einer Jause ein. Das Tagespflegezentrum brachte die süße Nachspeise mit. Frau Vizebürgermeisterin sie waren dabei und sie können mir sicher bestätigen, es war ein wunderschöner Vormittag. Für die Kinder war es ein aufregender Auftritt, für die Senioren ein Erlebnis. Ich kann mich noch erinnern wie ich drinnen gesessen bin, wie wir auf die Bühne geschaut haben und der Vorhang geht auf, da ist die Bühne und die Kinder sind da, da hat eine Frau gesagt: „Mei' ist des schen!“ Das war so richtig von Herzen.

Ermöglichen wir also auch in Zukunft für die Kundinnen und Kunden des Tagespflegezentrums Pflege, Therapie, Entspannung, Gemeinschaft, Spiel und Bewegung, Freude am Leben und für die Angehörigen Entlastung, die Möglichkeit weiter im Berufsleben stehen zu können oder einfach nur einen freien Tag um den ohnehin stressigen Alltag besser bewältigen zu können.

Ich gehe davon aus, dass alle Anwesenden hier dem Antrag zustimmen und ich bedanke mich im Vorhinein dafür.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Frau Gemeinderätin, bei ihnen merkt man richtig, dass sie mit Leib und Seele dabei sind.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich kann mich dem nur anschließen und muss sagen, dass diese Einrichtungen sehr wichtig sind. Wir wissen ja, dass sehr viele Leute die Alzheimerkrankheit haben und dass die Angehörigen wirklich eine Entlastung haben, wenn sie sie zumindest einen Tag in der Woche in die Tagespflege geben können. Ich glaube, dass sie auch jetzt sehr gut angenommen wird. Eines möchte ich noch dazu sagen, dass ich sehr froh bin, dass die Vereine untereinander so gut zusammenarbeiten, gerade im mobilen Bereich und da gehört natürlich die Tagespflege auch dazu. Wir werden in Zukunft diese Einrichtungen auch immer mehr benötigen. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mein nächster Punkt ist natürlich nicht sehr erfreulich, aber er zeigt auch, ich muss dem Bürgermeister ein bisschen widersprechen, dass er schon die Situation zeigt, dass die wirtschaftliche Lage in Steyr nicht ganz die beste Lage ist. Das zeigen natürlich die Sozialhilfeleistungen wo wir heuer, ich habe mir das ausgerechnet, wenn man die Jahre 2001 im Mai vergleicht, wo 218 Personen die Sozialhilfe bezogen haben und 2002 345 Personen, 2003 449 Personen und 2004 sind wir im Mai schon bei 638 Personen, die eigentlich Unterstützung vom Sozialamt brauchen. Die Tendenz ist steigen. Es sind für heuer 400.000,-- Euro im Budget vorgesehen. Es ist ersichtlich, dass wir mit diesem Geld nicht auskommen werden. Das macht natürlich zum Teil die Beschäftigung von den Personen die nicht vollbeschäftigt sind und dann in die Arbeitslose bzw. in den Notstand kommen wo sie dann natürlich die Aufzahlung vom Sozialamt bekommen. Ich ersuche um Kreditüberschreitung von 140.000,-- Euro. Ich muss aber gleich vorausschicken, ich kann es nicht sagen, ich hoffe es, dass wir mit diesem Betrag bis Jahresende auskommen, aber ich kann es nicht versprechen. Wenn man die Zahlen sieht wie viele eigentlich Sozialhilfeleistungen bekommen, die werden jeden Tag mehr, die dann Anspruch auf diese Leistungen haben.

18) SH-102/04 Sozialhilfe; Barleistungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 11. Juni 2004 wird für die Auszahlung von

Sozialhilfe-Barleistungen auf der VAST. 1/411000/768300 zusätzlich ein Betrag in Höhe von € 140.000,-- (Euro einhundertvierzigtausend)

im Wege einer Kreditüberschreitung genehmigt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, Frau Vizebürgermeisterin, die wirtschaftliche Lage habe ich bemessen bei meinen Eingangsberichten an den Zahlen, dass die sehr positiv sind. Aber dass es natürlich auch eine Korrelation gibt zu den Sozialhilfeempfängern, das ist auch irgendwo für mich verständlich, aber trotzdem erwarte ich mir auch, wenn die wirtschaftliche Lage besser wird, dass sich dort einiges bessert, weil die Barleistungen die wir da aufbringen müssen für diese Fälle doch ein bedrohliche Maß annehmen. Man kann nur hoffen, dass sich da in Zukunft eine bessere Entwicklung ergibt, sonst ist es eine zusätzliche Belastung für unser Budget und das ist sicher in der momentanen Situation nicht angenehm.

Gibt es zu diesem Thema Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Da ist nicht der Fall. Einstimmige Annahme. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. In meinem letzten Antrag geht es um die Maßnahmen zur Verlustbedeckung für das Alten- und Pflegeheim Münchenholz. Wir werden voraussichtlich mit 1. 12. in Betrieb gehen. Es sind bereits im Budget 128.000,-- Euro vorgesehen. Ich ersuche auch hier um Freigabe dieses Betrages.

19) Fin-165/04 AMP Steyr; Maßnahmen zur Verlustbedeckung 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Liquiditätssicherung des Alten- und Pflegeheimes Münchenholz werden die im Budget 2004 vorgesehenen Mittel zur Verlustbedeckung bei der Voranschlagsstelle 1/899000/759200 in Höhe von € 128.000,-- freigegeben. Grundsätzlich hat die Auszahlung nur im für die Liquidität erforderlichen Ausmaß, in Abstimmung mit dem Geschäftsbereich für Finanzen, zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung. Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Einstimmige Annahme. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke auch.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich danke der Berichterstatterin. Nächster Berichterstatter ist Herr Vzbgm. Gerhard Bremm.

BE:VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen. Die ersten drei Anträge sind äußerst erfreulich, weil sie für die Schulsanierungen sind.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

20) GHJ2-9/04 Erste Etappe der Erneuerung der Fenster – Volksschule Wehrgraben

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 26.04.

2004 wird den Auftragsvergaben für die erste Etappe der Erneuerung der Fenster in der Volksschule Wehrgraben, Wehrgrabengasse 22, an die

Fa. Meidl, Schiedlberg – Fenster inkl. Fenstertausch (€ 19.578,00 inkl. USt.)

Fa. Meidl, Schiedlberg - Eingangsportale (€ 10.008,00 inkl. USt.)

Fa. Alpine, Steyr – Rissverpressungen (€ 17.907,44 inkl. USt.)

Fa. Baumgartner, Linz – Vorhänge und Rollos (€ 3.884,40 inkl. USt.)

Fa. Meidl, Schiedlberg – Karniesen (€ 702,00 inkl. USt.)

Fa. Gutleder, Ybbs – Malerarbeiten (€ 3.742,16 inkl. USt.)

Fa. Faatz, Steyr – Spenglerarbeiten (€ 2.950,00 inkl. USt.)

Fa. Lamplmayr, Steyr – Elektroarbeiten (€ 450,00 inkl. USt.)

Fa. Czanker, Steyr – Postkasten (€ 210,00 inkl. USt.)

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung zur Durchführung dieser Erneuerung wird der Mittelfreigabe von

€ 59.500,00 inkl. USt. (neunundfünfzigtausendfünfhundert) bei der VA-Stelle 5/211000/010000 (Volksschulen Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 59.500,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung?

Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall, daher einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Hauptschule Tabor.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

21) GHJ2-10/03 Zweite Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz – Hauptschule Tabor

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 05.05.

2004 wird den Auftragsvergaben für die zweite Etappe des Fenstertausches und des Vollwärmeschutzes der Hauptschule Tabor, Taschfried 1, an die

Fa. Gaulhofer, Pichl – Fenster inkl. Fenstertausch (€ 90.859,20 inkl. USt.)

Fa. Alpine, Steyr – Vollwärmeschutz (€ 101.898,42 inkl. USt.)

Fa. Klotzner, Linz – Jalousien (€ 6.274,56 inkl. USt.)

Fa. Federer, Ramingdorf - Schlosserarbeiten (€ 12.120,00 inkl. USt.)

Fa. Held & Francke, Steyr - Baumeisterarbeiten (€ 44.209,67 inkl. USt.)

Fa. Frank, Garsten – Malerarbeiten (€ 4.615,36 inkl. USt.)

Fa. Klausriegler, Steyr – Installateur (€ 3.574,66 inkl. USt.)

Fa. Nograsek, Steyr - Spezialbohrungen (€ 4.788,00 inkl. USt.)

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung zur Durchführung dieser Erneuerung wird der Mittelfreigabe von

€ 268.400,00 inkl. USt. (zweihundertachtundsechzigtausendvierhundert) bei der VA-Stelle 5/212000/010000 (Hauptschulen Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 268.400,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche, auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Auch nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch hier einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Antrag geht es um die Sonderschule Industriestraße.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

22) GHJ2-9/03 Zweite Etappe Vollwärmeschutz und Fenstertausch – Sonderschule Industriestraße

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 03.05. 2004 wird den Auftragsvergaben für die zweite Etappe des Vollwärmeschutzes und des Fenstertausches der Sonderschule Industriestraße, Industriestraße 7, an die

Fa, Optima, Enns – Fenster inkl. Fenstertausch (€ 61.239,42 inkl. USt.)

Fa. Hofmann, Rohrbach - Vollwärmeschutz (€ 19.360,99 inkl. USt.)

Fa. Huber, Steyr – Malerarbeiten (€ 15.907,44 inkl. USt.)

Fa. Baumgartner, Linz – Rollos und Vorhänge (€ 7.816,98 inkl. USt.)

Fa. Faatz, Steyr – Spenglerarbeiten (€ 3.500,00 inkl. USt.)

Fa. Mitterhuemer, Steyr - Elektroarbeiten (€ 1.600,00 inkl. USt.)

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung zur Durchführung dieser Erneuerung wird der Mittelfreigabe von

€ 109.500,00 inkl. USt. (einhundertneuntausendfünfhundert) bei der VA-Stelle 5/213000/010000 (Sonderschulen Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 109.500,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche auch hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Auch

hier einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um die Führung einer ganztägigen Schulform mit getrennter Abfolge bis zur 8. Schulstufe in der Allgemeinen Sonderschule Punzerstraße. Wir haben das ja im Ausschuss für Schule und Sport, und auch im Stadtsenat diskutiert. Wir haben in dieser Schule bisher einen Hort geführt und es ist aufgrund verschiedener Umstände notwendig, eine Änderung vorzunehmen. Ich glaube, dass gerade die ganztägige Schulform dort die sinnvollste und zweckmäßigste Lösung ist.

Es ergeht folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

23) Schu-8/04 Allgemeine Sonderschule 2, Punzerstraße; Führung einer ganztägigen Schulform mit getrennter Abfolge bis zur 8. Schulstufe; Abgeltung der Tätigkeit von Landeslehrern im Freizeitbereich; Festsetzung der Elternbeiträge

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 12. Mai 2004 wird der Führung einer ganztägigen Schulform mit getrennter Abfolge bis zur 8. Schulstufe an der Allgemeinen Sonderschule 2, Punzerstraße, zugestimmt.

Die Abgeltung der Landeslehrer für den Betreuungsteil soll über die zentrale Besoldungsstelle des Landes erfolgen. Der Magistrat Steyr, als Schulerhalter verpflichtet sich zum Kostenersatz der vom Landesschulrat für OÖ. vorgegebenen Lehrersätze.

Als einzuhebende Elternbeiträge werden die jeweils gültigen indexgekoppelten Tarife in Anrechnung gebracht.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche sie, auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall, daher einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Volksschule Promenade.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

24) GHJ2-08/04 Sanierung Vollwärmeschutz – Volksschule Promenade

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 28.05.

2004 wird der Auftragsvergabe für die Sanierung des Vollwärmeschutzes der Volksschule Promenade, Promenade 16, an die

Fa. Hofmann, Götzendorf, zum Preis von € 60.607,15 inkl. USt.

sowie einer Kreditübertragung in der Höhe von:

€ 14.000,00 inkl. USt. von der VA-Stelle 5/029000/010000 (Amtsgebäude Gebäude)

und € 3.600,00 inkl. USt. von der VA-Stelle 5/212000/010000 (Hauptschulen Gebäude)

auf die VA-Stelle 5/211000/010000 (Volksschulen Gebäude)

und der Mittelfreigabe in der Höhe von € 60.600,00 inkl. USt. (sechzigtausendsechshundert) bei der VA-Stelle 5/211000/010000 (Volksschulen Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 60.600,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Auch nicht der Fall, einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Der nächste Punkt ist auch eine wichtige Weichenstellung für die Realisierung des Kreisverkehrs bei der Nordspange. Es geht hier um den Umbau der Nordspange und dem Abschluss von Vereinbarungen, die im Amtsbericht ausführlich erläutert sind.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

25) ÖAG-23/03 Umbau Knoten Steyr Nordspange – Dornach; Abschluss von Vereinbarungen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 17.06.2004 wird die anlässlich der Grundeinlöseverhandlung vom 24.05.2004 aufgenommene Niederschrift einschließlich der darin enthaltenen Vereinbarungen über die notwendigen Grundeinlösen zur Errichtung eines Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich Nordspange – Umfahrung Dornach genehmigt. Die Auszahlung der darin enthaltenen Entschädigungsbeträge hat bis spätestens 28.02.2005 zu erfolgen.

Ich ersuche, auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Heute keine Wortmeldungen. Gibt es Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Bei meinem nächsten Punkt geht es um den Ankauf eines LKW's für den Wirtschaftshof. Er ist deswegen im Gemeinderat, weil es um eine Kreditübertragung aus der Gärtnerei in den Wirtschaftshof geht.

Es ergeht daher der Antrag an den Gemeinderat.

26) KD-27/04 Ankauf eines LKW's; Ersatzbeschaffung; Kreditübertragung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches VII, Fachabteilung für kommunale Dienstleistungen vom 15. Juni 2004, wird für den Ankauf eines neuen LKW's

1. der Übertragung der finanziellen Mittel in der Höhe von € 159.900,-- von der VA-St. 5/860000/040000 (Gärtnerei – Fahrzeuge) auf die VA-St. 5/820000/040000 (Kommunale Dienstleistungen – Fahrzeuge),

2. der Auftragsvergabe zur Lieferung eines LKW-Fahrgestells, Type: MAN TGA 18.310 4x4 BL an die MAN Nutzfahrzeuge Vertrieb OHG, 4600 Wels, Ginzkeystraße 28, zum Preise von € 80.819,24 inkl. anteiliger USt. und

3. der Mittelfreigabe für den Ankauf des LKW-Fahrgestells in Höhe von € 80.820,-- bei der VA-St. 5/820000/040000 (Kommunale Dienstleistungen – Fahrzeuge)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 155.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Ich ersuche, diesem Vorgang und dem Ankauf eines LKW's die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Jemand dagegen, Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter und bitte als nächsten Berichterstatter, Herrn Vzbgm. Ing. Dietmar Spanring um seine Ausführungen.

BE:VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Bei meinem Antrag geht es um den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

27) Fin-2/03 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluss 2003; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des beiliegenden Rechnungsabschlusses des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für das Jahr 2003, beschlossen in der Mitgliederversammlung vom 11. Mai 2004, wird der Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung in der Höhe von € 2.299.824,82 (Betriebskostenanteil: € 1.424.111,48; Investitionskostenanteil: € 875.713,34) zur Kenntnis genommen und der Auszahlung eines Restbetrages in der Höhe von € 875.324,82 (€ 2.299.824,82 abzüglich Akontozahlung von € 1.324.500,--) zugestimmt (alle Beträge exkl. MWSt.).

Zu diesem Zweck wird bei der VAST. 1/851000/754000 ein Betrag in der Höhe von € 875.324,82 (exkl. MWSt.) freigegeben.

Ich ersuche um Freigabe dieses Betrages.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung. Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter. Letzter Berichterstatter ist Herr StR Gunter Mayrhofer.

BE:STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Der erste Antrag bezieht sich auf eine Gehsteigsanierung in der Johannesgasse. Im Zuge der Kanalerichtung in diesem Gebiet wird auch der Gehsteig saniert.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

28) BauStr-2/04 Kanalisation Steyr 2004; BA 13; Gehsteigsanierung Johannesgasse

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 24.05.2004 wird der Vergabe der Gehsteigerrichtung in der Johannesgasse im Zuge der Baumaßnahmen für die Kanalisation Johannesgasse wie folgt zugestimmt:

Vergabevorschlag
Tiefbauarbeiten
Auftragsnehmer
Straßen- u. Pflasterbau

Errichtung/Finanzierung 2004
Betrag exkl. MWSt. € 16.651,13

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von EUR 16.700,-- von der VSt. 5/612000/002000 auf die VSt. 5/851000/004000 bewilligt.

Ich ersuche um Zustimmung

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall, daher einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Beim nächsten Punkt geht es um einen Dringlichkeitsbeschluss und eine Kreditüberschreitung und zwar betreffend Vorplatz Fachhochschule. Wir wissen alle, dass im September die Eröffnung ist. Für die Vorplatzgestaltung wurde nach längerer Planungsphase doch entschieden, dass wir die nachhaltigste Lösung nehmen, nämlich Pflasterung über diesen gesamten Vorplatzbereich.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

29) BauStr-9/04 Vorplatz Fachhochschule; Hochwassersanierung – Pflasterung:Kreditüberschreitung – Dringlichkeitsbeschluss

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 15.06.2004 wird der Vergabe der Sanierung der Hochwasserschäden durch Pflasterung im Bereich der Fachhochschule Steyr wie folgt zugestimmt:

Bezeichnung – Auftragnehmer – VSt. – Betrag inkl. MWSt.

1. Hochwassersanierung durch Pflasterung – Straßen- und Pflasterbau – 5/612000/002140 - € 153.356,82
2. Transporte und Eigenleistungen – FA kommunale Dienste – 5/612000/002140 - € 4.000,--
3. Bepflanzung und Rundung – 5/612000/002140 - € 1.643,18

Gesamt: € 159.000,--

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 159.000,-- werden in Form einer Kreditüberschreitung bei der VSt. 5/612000/002140 „Wehrgraben – Hochwassersanierung, Pflasterung Fachhochschule“ finanziert.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 159.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich möchte dazu nur erwähnen, dass das eine sehr schöne Schule wird. Ich habe neulich eine Baustellenbegehung gemacht; die Schule wird von innen wunderbar, neueste Materialien werden verwendet, es werden helle, schöne Räume, mit einem Ausblick, wo man als Schüler nur träumen kann. Ich würde jedem empfehlen, schaut euch das Haus einmal an, es wird auch außen eine schöne Gestaltung geben. Ich habe vor, dass wir heuer im September, da gibt es einen Probetrieb, mit dem gesamten Gemeinderat zu einer Ausschuss- oder Gemeinderatssitzung dort hinuntergehen und dass wir einen Raum benützen, damit jeder einmal den Einblick hat, wie schön das Gebäude von innen wird und dass es auch von außen eine absolut verträgliche Sache werden wird. Das hat ja auch

schon das Stadtfest bewiesen, weil beim Stadtfest war dieser Platz mit einer Veranstaltung belegt und ich habe nur positive Rückmeldungen erhalten, dass es eine hervorragende Veranstaltung war und auch Platz genug. Ich glaube, das können alle bestätigen, die auch dort waren.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Aber sie haben gesagt, das Haus ist so „schiarch“.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja jetzt, weil es noch nicht fertig ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber innen ist es so schön.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Der Herr Bürgermeister ist so angetan, vielleicht nimmt er sich dort eine Wohnung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich werde mir dort etwas im obersten Stockwerk mit bestem Ausblick auf die Stadt reservieren lassen. Die Frau Frech schüttelt den Kopf, der gefällt es überhaupt nicht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich kann jedenfalls nicht sagen, dass es so fantastisch ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Du warst noch nicht drinnen; pipifein!

Gibt es noch eine Wortmeldung zur Pflasterung?

Wir haben die schönere Pflasterung gewählt, das wird auch wunderschön, wobei es sicher noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt, Herr Mayrhofer, sie werden das bestätigen. Es gibt auch noch Vergrößerungsmöglichkeiten, wir haben ja jetzt dort noch eine Grube, wo noch 2 Stufen rüber sind. Mein Wunsch wäre, dass man diesen Bereich auch einmal in den Platz mit eingliedert, das wäre dann noch eine Vergrößerung des Platzes. Das kann nur noch schöner werden.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag, für diese schöne Pflasterung stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Nicht einmal die Frau Frech ist dagegen. Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich bedanke mich beim Herrn Bürgermeister für seinen Zweckoptimismus, die Schönheit kommt natürlich vor der Pflasterung. Wir hoffen, dass das Gebäude nicht hinten steht.

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Eine Modepuppe hat einmal gesagt, wenn die Schönheit von innen kommen würde, dann würde man nur Lungenflügel und Blinddarm sehen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Mein nächster Antrag bezieht sich auf kirchliche Ensembles in Steyr.

Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

30) BauH-24/00 Kirchliche Ensembles in Steyr; Renaissancefriedhof Steyr; Gesamtsanierung 5. und letzte Rate; Stadtpfarre Steyr Margaretenkapelle
Jahresrate 2004

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, Fachabteilung für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung vom 10. 05. 2004, wird einer Förderung in Höhe von insgesamt 36.200,-- Euro für die Sanierungsmaßnahmen an kirchlichen Ensembles in Steyr zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird für „Kirchliche Ensembles in Steyr“ bei der VA-Stelle 5/363000/777100

ein Betrag von 36.200,-- Euro freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist, glaube ich, auch wieder ein Punkt, dass man das gute Verhältnis zur Kirche wieder einmal hervorstreichen sollte.

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Gibt es Gegenstimmen zu diesem Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich führe die gelöste Stimmung auf den Ferienbeginn zurück und darf ihnen den letzten Tagesordnungspunkt für heute zur Beschlussfassung übergeben. Nämlich die Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2004 und zwar über den gesamten Innenstadtbereich. Es werden hier praktisch sämtliche Mittel vergeben, die heuer vorgesehen werden. Wir haben bereits das Budget von 2, 3 weiteren Jahren zugesprochen, wir sind also 3 Jahre im Verzug, aber trotzdem glaube ich, ist das, was mit diesen verhältnismäßig geringen Mitteln initiiert wird, wirklich sehenswert.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

31) K-1/04 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2004 „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ – „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung, vom 10.05.2004 werden für die Subventionierung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege Mittel wie folgt freigegeben:

„Innere Stadt“ und „Ennsdorf“
„Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“

Kapitaltransferzahlungen an private Haushalte Maßnahmen der Altstadterhaltung bei der VA-Stelle 5/363000/778000 200.000,-- EURO

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 175.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Ich ersuche auch hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine Wortmeldung zur Ortsbildpflege. Gibt es dazu Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter.

Wir kommen jetzt zur Resolution, zum Dringlichkeitsantrag.

Dringlichkeitsantrag

zur Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 8.7.2004

Gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse stellen die unterfertigten Gemeinderatsmandatare folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

RESOLUTION

an den Obmann der OÖ Gebietskrankenkasse, Herrn Helmut Oberchristl, an den Direktor der OÖ Gebietskrankenkasse, Herrn Dr. Hans Popper.

Die Weiterentwicklung des österr. Gesundheitssystems sieht eine weitestgehende Verlagerung medizinischer Leistungen vom stationären in den niedergelassenen Bereich vor.

Dieser grundsätzlichen und von Experten vehement geforderten Gesundenbetreuung steht jedoch die derzeitige Entwicklung in der Stadt Steyr einschließlich des gesamten Einzugsgebietes, das sowohl das Steyr- als auch das Ennstal und die angrenzenden Gebiete im westlichen Niederösterreich umfasst, entgegen. In Steyr befinden sich konkret zwei Facharztstellen, die über einen Vertrag mit der OÖ Gebietskrankenkasse verfügen und demnächst ihre kassenärztliche Tätigkeit einstellen werden.

Der kassenärztlich tätige Facharzt für Unfallchirurgie, Herr Dr. Mohamed Abuzahra, wird mit Jahresende auf Grund seiner Pensionierung die Tätigkeit niederlegen. Sein Nachfolger wird die Ordination in Enns und nicht in Steyr fortführen. Auf Grund des großen Einzugsgebietes in Steyr ist eine Kassenvertragsarztstelle für Unfallchirurgie jedenfalls erforderlich, da Schmerzpatienten und akut Verletzten eine patientennahe Betreuung gewährleistet werden muss und längere Anfahrtswege diesen Patienten meistens nicht zuzumuten ist.

In weiterer Folge beendete der Facharzt für Dermatologie und Venerologie, Herr Dr. Anton Steiner, gesundheitsbedingt seine ärztliche Tätigkeit. Dies führte bereits bei den verbleibenden beiden Dermatologen in Steyr zu mehrwöchigen bis hin zu monatelangen Wartezeiten. Darüber hinaus gibt es am LKH Steyr keine dermatologische Abteilung. Eine Einsparung dieser wertvollen fachärztlichen Praxis bringt somit einen deutlichen Qualitätsverlust in der Versorgung dermatologischer Patienten in Steyr und Umgebung mit sich.

Seit Jahren hat sich auch in der Urologischen Versorgung im Einzugsgebiet von Steyr ein Engpass ergeben, auf Grund der Tatsache, dass in Steyr nur ein Facharzt für Urologie als Vertragsarzt tätig ist. Diese prekäre Situation konnte bislang nur damit überbrückt werden, dass die urologische Ambulanz des LKH Steyr weit über ihren Versorgungsauftrag hinaus die Patienten betreut, die in der niedergelassenen Praxis des Steyrer Facharztes für Urologie aus verschiedensten Gründen nicht versorgt werden konnten. Eine weitere Verschärfung tritt dadurch ein, dass Primarius Dr. Siegfried Maier seine Ordinationstätigkeit einstellt. Bereits jetzt sprechen die langen Wartezeiten, die zahlreichen aufgebrachten Patienten und die kapazitätsmäßigen Möglichkeiten im Bereich der Spitalsambulanz eine deutliche Sprache.

All diese Gründe zeigen die möglichen und bereits eingetretenen schwerwiegenden Folgen im Gesundheitsbereich für diese Region auf.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr fordert daher die OÖ Gebietskrankenkasse auf, alles zu unternehmen, der Stadt Steyr und ihrem Einzugsgebiet weiterhin Facharztpraxen zur Verfügung zu stellen, die von den Patienten mittels Krankenschein oder einem Überweisungsschein in Anspruch genommen werden können. Es muss daher sichergestellt werden, dass die OÖ GKK die vakant gewordenen Facharztstellen für Unfallchirurgie, Dermatologie und Urologie zum Wohle ihrer Bevölkerung und ihres gesetzlichen Auftrages in Steyr wieder- bzw. neu errichtet wird und geeignete Fachärzte mit entsprechenden Kassenverträgen ausstattet.

Ich hätte da noch gebeten, dass der Michael das ganz kurz erläutert, worum es geht. Er war derjenige, der da die Initiative ergriffen hat und der auch sagt, die Versorgung der Stadt Steyr mit Fachärzten ist zur Zeit gefährdet und ich glaube, dass man da sehr wohl initiativ werden muss, um wieder eine sichere Versorgung mit entsprechenden Ärzten herzustellen.

GEMEINDERAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Sehr geehrter Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich bin ein bisschen überrascht, dass ich jetzt da stehe, damit habe ich nicht gerechnet. Ich möchte kurz erklären, ich denke mir, die Resolution haben alle vor sich liegen und hoffentlich auch gelesen. Es geht im Grunde genommen darum, dass es schön klamm heimlich zu einer allmählichen Ausdünnung der ärztlichen Versorgung im niedergelassenen Bereich kommt. Wir haben jetzt drei Fachrichtungen, wo das Forum Steyrer Hausärzte, also die Arbeitsgemeinschaft aller in Steyr tätigen Hausärzte, der Meinung ist, dass das nicht geht bzw. nicht gut ist. Wir haben es im Bereich der Dermatologie, wir haben drei Hautärzte in Steyr gehabt; Herr Dr. Steiner, Frau Dr. Steiner, Frau Dozent Fanta. Herr Dr. Steiner hat gesundheitsbedingt im heurigen Jahr in Pension gehen müssen. Die OÖ Gebietskrankenkasse hat diese Stelle einfach nicht nachbesetzt und ist derzeit auch nicht gewillt, sie nach zu besetzen, mit einigermaßen dünnen Begründungen, sage ich jetzt einmal. Eine der

Begründungen hat gelaute, der Herr Dr. Steiner hat ja zum Schluss auch keine volle Praxis mehr gehabt und es ist trotzdem gegangen. Tatsache ist, dass wenn sie jetzt auf normalem Wege - und nicht als Privatzahler - einen Termin bei einem Hautarzt bekommen wollen, dauert das derzeit bis September oder Oktober, in diesem Bereich sind wir jetzt. Die zweite Geschichte, die auch klammheimlich geschehen ist, dass es ab nächstem Jahr, ab 1.1.2005 in Steyr keinen Kassenvertragsarzt für Unfallchirurgie mehr gibt, was ich auch nicht für besonders gut halte, weil gerade im unfallchirurgischen Bereich die Patientennahversorgung sehr wichtig ist, weil verletzte Patienten, Schmerzpatienten erfahrungsgemäß keine langen Anfahrtswege in Kauf nehmen können und die unfallchirurgische Ambulanz am LKH Steyr - die kennt glaube ich fast jeder, irgendwie hat man dort schon einmal zu tun gehabt, - ist seit Jahrzehnten über das Maß voll und kann diese Kapazität nicht mehr aufbringen, das auch noch aufzufangen. Das heißt, die Leute müssen nach Enns fahren, die neue Vertragsarztstelle ist mit 1.1.2005 von Steyr weg nach Enns verlegt worden. Die dritte Stelle, um die kämpfen wir eigentlich schon seit Jahren, das ist schon ein leidiges Thema, das ist eine zweite Kassenvertragsarztstelle für Urologie. Da sind auch schon unerträgliche Zustände, was die Patientenversorgung anbelangt; denn wenn man jetzt zum einzigen niedergelassenen Urologen in Steyr geht und einen Termin möchte, dann bekommt man den in Wochen bzw. Monaten. Jeder, der einmal ein urologisches Problem gehabt hat, der wird nachfühlen können, dass es meistens einer Akutbehandlung, bzw. einer Akutversorgung bedarf und nicht eines Termins in ein paar Monaten. Die urologische Ambulanz im Krankenhaus Steyr ist mehr als voll. Ich habe gestern noch einmal mit dem Primararzt Kugler gesprochen, die haben pro Jahr 4.200 ambulante Erstuntersuchungen und 1.200 oder 1.600 Nachuntersuchungen. Dafür ist die urologische Ambulanz eines Krankenhauses nicht da. Ich denke, dass das eine langsame Reduktion der Versorgung der Patienten, der Nahversorgung der Patienten bedeutet. Die Gebietskrankenkasse Oberösterreich macht das aus betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten sehr gescheit, das heißt, sie sparen ein und stehen deswegen auch ziemlich gut da. Sie sind inzwischen nicht mehr so dumm, Gewinne zu machen, weil die müssen sie dann in Wien abliefern, aber mit knapp unter 0 werden sie abschließen; machen das aber auch durchaus auf Kosten der Qualität der niedergelassenen Versorgung. Aus gesundheitsökonomischer und volkswirtschaftlicher Sicht ist es absolut kurzsichtig und abzulehnen und deswegen denke ich mir, ist die Forderung berechtigt, diese drei Stellen einfach einmal von der OÖ. Gebietskrankenkasse vehement einzufordern.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke sehr.

Gibt es dazu noch eine weitere Wortmeldung? Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich möchte diese Resolution seitens unserer Fraktion nicht nur unterstützen, sondern auch unterstreichen, die Notwendigkeit vor allem im Bereich der Dermatologie, der Hautärzte. Das ist ja wahrscheinlich so, wenn ich das noch ergänzen darf, dass auch die Frau Dozent Fanta, die eine weit bekannte Koryphäe ist, in absehbarer Zeit wahrscheinlich auch in Pension gehen wird und dann nur mehr die Frau Dr. Steiner übrig bleiben wird und das ist ein untragbarer Zustand für Steyr. Wir haben ein großes Einzugsgebiet, es geht nicht nur um die Betreuung von 43.000 Menschen in der Stadt, sondern auch aus den Umlandgemeinden kommen viele Leute aufgrund der guten Versorgung, die es bisher auf diesem Gebiet gegeben hat, nach Steyr und es ist wirklich dringend notwendig, dass hier die Krankenkasse aktiv wird. Ich würde schon auch den Herrn Bürgermeister bitten, dass er hier massiv drängt, bei seinen Freunden in der Gebietskrankenkasse, dass diese Stellen raschest ausgeschrieben werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Freunde?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Also, einen Bedarf von drei könnte ich mir in Steyr durchaus vorstellen, dass das notwendig ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Ich kenne nur die Situation bei den Urologen, weil ich selber einmal ein Problem gehabt habe, das ist sicher ein Thema, das nicht so ohne ist und ich würde das als sehr gefährlich empfinden, wenn man heute so spät einen Termin bekommt, weil solche Themen sehr schnell zu einem massiven Problem werden könnten. Ich glaube, dass das für die Versorgung der Steyrer Bevölkerung einfach notwendig ist, dass man eine ausreichende Versorgung auf diesem Fachgebiet hat. Ich bedanke mich noch einmal beim Michael Schodermayr, der uns das sehr gut erläutert hat, was da

passieren könnte und dass man da wirklich initiativ werden muss.

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Wenn das nicht der Fall ist, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diese Resolution und diesen Dringlichkeitsantrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen, Stimmenthaltung? Das ist auch nicht der Fall, daher einstimmige Annahme.

Wir sind nun beim Punkt „Aktuelle Stunde“.
Gibt es von der SPÖ ein Thema?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Nur den, einen schönen Urlaub.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
ÖVP? Grüne? FPÖ?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Ebenfalls einen schönen Urlaub.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bürgerforum Frech?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Bürgerforum Steyr, aber macht nichts, ebenfalls einen schönen Urlaub.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ich das nie lerne. Ich wünsche euch auch in meinem Namen einen schönen Urlaub und kommt im September wieder gesund zurück. Vielleicht sehe ich den einen oder anderen am Sonntag in der Kirche am Tabor, 9.30 Uhr.

ENDE DER SITZUNG: 16.48 UHR

DER VORSITZENDE:
Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist eh.
Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER:
GR Silvia Thurner eh.
GR Mag. Helmut Zöttl eh.